



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

34 (21.1.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-331880](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-331880)

General-Anzeiger



Abonnements

70 Pfennig monatlich.
Drucklohn 28 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post
aufschlag 34. 2.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 8 Pfg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adressen

„Journal Mannheim“

Telephon-Nummern

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Direktion (An-

nahmen-Druckarbeiten) 341

Redaktion 377

Expedition und Verlags-

buchhandlung . . . 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Gefestigte und verbreitete Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 34.

Dienstag, 21. Januar 1908.

(Abendsblatt.)

Volksschule und höhere Laufbahn.

Die national-liberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat vor einer Woche und darüber den Antrag eingebracht: „Die preussische Regierung möge Staatsmittel bereit stellen, um besonders begabten Volksschülern in größerem Umfange als bisher die weitere Ausbildung zu ermöglichen.“ Der Antrag ist in dem Trübel der letzten Wochen, da die Senationen einander jagten, nicht recht beachtet worden. Und das war schade. Denn gerade dieser Antrag verdiente nachdenkliche Betrachtung. Die national-liberale Fraktion des preussischen Landtages pflegt bei vielen Leuten noch immer im Geruch besonderer sozialer Rücksichtlichkeit zu stehen. Ihr Antrag, begabten Volksschülern den Weg zu besserer Ausbildung und damit zu höherer Laufbahn zu öffnen, erweist, daß sie das nicht ist; daß auch auf ihre Haupter das soziale Del tropfte; daß sie nach Maßgabe ihrer Kompetenzen und Gerechtsame dringend mit Hand anzulegen wünscht an den bedeutendsten Aufgaben unserer Zeit: der Ausgleitung der sozialen Gegensätze, dem Ueberbrücken der gesellschaftlichen Kluft.

Zust dieses Problem liegt nicht so einfach, wie manche annehmen geneigt sein könnten. Es gibt ganz liberale, sonst recht freimütige Männer, denen es Zeit ihres Lebens schwer wird, auf diesem Gebiet eine gewisse Engstirnigkeit zu unterdrücken. Demen es schon ein ästhetisches Mißbehagen weckt, den früheren Mitspieler aus dem Hinterhaus oder der Portierloge als Klassen- und Vorkämpfer der eigenen Sprößlinge zu wissen. Die in dem studierten Mann von geringer Herkunft, auch wenn er ein berühmter Kanzleiredner, ein angesehener Anwalt, ein vortrefflicher Arzt wurde, immer nur den Wüchtersohn sehen oder den Abkömmling des bemittelten Ranglisten oder des kleinen Handwerkers, der trotz allem und allem in die Epäre nicht recht hineinkommt, in der er sich nun bewegt. Der Abteilungsleiter an der neuen Königl. Bibliothek, Professor Hans Boeckh, ein feingebildeter Mann von volkshistorischen Interessen, hat vor einem Jahre ähnlichen Auffassungen in einem damals vielbesprochenen und viel beachteten Vortrag Ausdruck gegeben. Sein Tenor war: der Schöpfer müsse bei seinem Zeilen bleiben; die akademische Schicht für den eigenen Nachwuchs sorgen. Denn nur in diesen Kreisen wäre der Idealismus zu Hause, dessen die höheren Berufe nicht entraten könnten. Das war natürlich falsch und schief gesehen, wenn schon ein Körnchen Salz auch in solchen Anschauungen stecke. Wer das Leben unbefangener zu betrachten lernte und ein Gedächtnis hat für die Schicksale der Leute, mit denen zusammen er auf Universitäts- und Schulbank saß, die ihm die Nächte durchwachen halfen, oder die er ängstlich mied, der weiß, wie viele gerade von den Verlorenen oder Verurteilten geringer Männer sind waren. Wie andere, die sich glücklich durch ihr Duzendstümmel hielten, nie die Erinnerung an die Freitische und die anderen Demütigungen des habituellen Stipendiaten los wurden, und als bedauerliche Familiengeheimnisse untreu durchs Leben schritten. Aber das sind doch eben nicht alle. Und es ist mit nichts richtig, daß der Idealismus gerade bei den höheren Klassen in Erbpacht wäre. Un-

gekehrt wird ein Schuh daraus. Wer in befreundeten Familien Gelegenheiten hat, zu beobachten, mit welcher mühen Altklugheit Söhne guter Häuser sich auf die Universität vorbereiten; wie ihnen mit achtzehn Jahren schon das ganze Leben nur ein Rechenexempel ist, in dem alles von vornherein seinen wohlgeordneten pedantisch vorbestimmten Platz hat: das Korps, das Regiment, der juristische Repektor und vor allem die Verbindungen vom Papa, Schwager, Onkel usw., der hat mitunter geradezu mit Entsetzen empfunden, wie arm dieses sonst so gut gekleidete Geschlecht wurde. Wie bedürftig auch in allem, was jenseits des Fachstudiums liegt, wie kühl und fremd gegenüber aller tieferen, humanistischen Bildung.

Drunten aber in den Klassen lebt Idealismus; mitunter irreführender, abwegiger, aber erstaunlich viel Idealismus. Ihn gibt es aus dem dunklen Erdreich zu locken und für das gemeinsame Ganze fruchtbar zu machen. Die Nation müßte ja verdorren, wenn es kein Auf und Ab gäbe; wenn die hier und da wohl auch in Sterilität und Jugend verfunkenen höheren Schichten nicht ihre Ergänzung durch die unverbildeten aus der Tiefe erführen. Gerecht: nicht alle werden ans Ziel kommen, und manche werden am Wege sterben. Aber das Leben ist nun einmal gewöhnt, aus dem Vollen zu wirtschaften; zu einem Erfolg werden immer so und so viel Rielen gehören. Und was die Hauptsache ist: es darf in unserm Volk der Glaube nicht aufkommen, daß nur der Geldsack zu Klemern und Ehrenstellen befähigen; daß über den in der Güte Geborenen — und wäre er noch so begabt — schon in der Geburtsstunde das Los geworfen und er für Zeit und Ewigkeit an sein dürftiges Schicksal gefesselt wurde. Der national-liberale Antrag wird, wenn er angenommen wird, zu solchen Zielen gute Dienste tun. Gibt die Regierung ihm dann statt, wird jeder begabte Sohn unseres Volkes Doktorhut und Kassenpotent in seinem Schutze tragen können.

Verband süddeutscher Industrieller.

Mannheim, 21. Jan. 1908.

Gestern nachmittag fand eine Sitzung des Direktoriums des Verbandes süddeutscher Industrieller statt, welche aus allen Teilen Süddeutschlands von Delegierten stark besucht war.

Die Versammlung wurde um 3 1/2 Uhr vom Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Direktor Otto Hoffmann, Mannheim-Friedrichsfeld, mit folgenden Worten der Begrüßung eröffnet:

Hochgeachtete Herren!

Gestatten Sie mir, Sie im Namen des Verbandes süddeutscher Industrieller hier herzlich willkommen zu heißen und gleichzeitig dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß unsere heutigen Verhandlungen, die von größter und weittragender Bedeutung sind, nur für unseren Verband, sondern für die ganze süddeutsche Industrie sind, von Erfolg begleitet sein mögen!

Unser Vaterland, die badische Industrie und wir selbst haben im abgelaufenen Geschäftsjahre einen hohen und schmerzlichen Verlust durch das Hinscheiden unseres allgeliebten und allbereiten Landesvaters, Großherzogs Friedrich des Deutschen, erlitten. Mander von Ihnen wird wohl mit mir des Vorgesetzten reiflich ge-

worden sein, den heimgegangenen Fürsten persönlich kennen gelernt und in ihm einen liberalen Herrscher und edlen Menschen erkannt zu haben. Der Heimgegangene war ein treuer, sorgender Freund der badischen Industrie und sein ausgleichender und mahnender Einfluss reichte, wie Sie wissen, weit über die Grenzen unserer badischen Heimat hinaus. Ich möchte Sie bitten, meine Herren, zum treuen Gedenken und ehrenden Gedächtnis des Toten sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir treten nunmehr in die Erörterung der eigentlichen Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 2: Koalition zwölft weiterer Mitglieder in die Gesamtkonferenz in Folge Ausdehnung der Organisation und Umwandlung der Gesamtkonferenz in ein Direktorium.

Meine Herren! Der Gesamtkonferenz-Vorschlag hat einstimmig beschlossen, Ihnen die Koalition folgender Herren vorzuschlagen:

1. Direktor Adolf Benninger, i. Sa. Rheinische Gummi- und Cellulosefabrik Mannheim-Neinheim.
2. Direktor Ritz, i. Sa. Verein chemischer Fabriken Mannheim-Völklingen.
3. Fabrikant Reuther sen., i. Sa. Maschinen- und Armaturenfabrik Wupp. u. Reuther, Mannheim-Walldorf.
4. Direktor Dr. Krebs, i. Sa. Erdölwerk, O. m. b. H., Geiselsheim, Mannheim-Industriegebiet.
5. Direktor Dr. Konrad Brosien, i. Sa. Rhein. Creditbank Mannheim.
6. Direktor Reiser, i. Sa. Filiale der Dresdener Bank, Mannheim.
7. Direktor Dr. Richard Ladenburg, i. Sa. Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, Mannheim.
8. Fabrikant Herrmann, i. Sa. Maschinenfabrik, Karlsruhe.
9. Fabrikant Gehebrandt, i. Sa. Papierfabrik Gehebrandt, Heidenheim a. M.
10. Infolge Wahl des Vorsitzenden Straßburg i. Elb. Herr Fabrikant Karl Adler, i. Sa. Lederwerke Adler u. Appenheimer, Straßburg i. Elb.
11. Fabrikant Eugen Jacobi, i. Sa. Wolf Reiter u. Jacobi, Straßburg i. Elb.
12. Direktor Schweitzer, i. Sa. Maschinenfabrik Dürr u. Co., Straßburg i. Elb.

Ich möchte Sie bitten, meine Herren, diese Koalition zu billigen.

Die Koalition erfolgt hierauf durch Akklamation. Der Vorsitzende fuhr fort: Die genannten zwölf Herren sind also nunmehr in die Gesamtkonferenz koaptiert, welche Gesamtkonferenz laut Beschluss von heute ab den Namen Direktorium führen soll. Ich begrüße die neu aufgenommenen Direktoriums-Mitglieder, soweit dieselben heute hier anwesend sind, durch Handschlag.

Ich bitte die Herren nunmehr, mit mir unsern neuen Landesvater, Großherzog Friedrich II. von Baden zu begrüßen und mit mir einzustimmen in den Ruf: Großherzog Friedrich II. von Baden lebe hoch! hoch! hoch!

Es wurde darauf ein Begrüßungstelegramm an den Großherzog abgelesen, auf welches am Abend noch eine herzlich gehaltene Antwort einkam.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen am gestrigen und heutigen Tage werden wir noch berichten.

Aus der Geschichte der Städte.

II.

Das Mittelalter ist die Hauptzeit deutscher Städtegründungen gewesen. Etwa 2500 Städte sind binnen vier Jahrhunderten ins Leben gerufen worden, und ihre Zahl ist um das Jahr 1400 ungefähr ebenso groß gewesen wie heute, weil die Menge der lebenden neu hinzugekommenen durch die wieder verschwundenen Städte nahezu ausgeglichen wird. Teils wurden damals offene Landgemeinden mit dem Wahrscheit städtischer Niederlassungen, mit Wall und Graben, versehen und mit Stadtrechten ausgestattet, teils wurden zum Schutze der im Feindlande angelegten Kolonien Burgen erbaut, um die herum städtische Gemeinwesen emporwuchsen. Unter den Nachwirkungen der Kreuzzüge, die auch im christlichen Abendlande wieder städtisches Leben weckten, traten die deutschen Städte in eine Periode des Aufstieges ein und wurden Mittelpunkt der sich nunmehr in ihnen, und zwar nur in ihnen, konzentrierenden Gewerbetätigkeit. Am glänzendsten entwickelten sich die Bischofsstädte und die um einen kaiserlichen Bischof entstandenen Pfalzstädte, aus deren bevorrechtigter Stellung die freien Reichsstädte hervorgingen. Trotz Königsstolz und Bischofsstolz und trotz der Handwerker und Händler, die sich wegen des Schutzes der Mauern und um des Verdienstes willen gern in ihnen niederließen, trugen jedoch jene Städte noch ganz überwiegend einen landwirtschaftlichen Charakter und einen bürgerlichen Anstrich.

Obwohl in der Folgezeit die Bevölkerung Europas rasch wuchs, waren doch wegen übergrößer Hindernistätigkeit und wegen der Beschränkung des Zuganges die damaligen Städte nach ihrem Maßstabe nicht als Volkswirtschaft zu bezeichnen. Großstädte hat das Mittelalter nicht gekannt und bei keiner Wirtschaftsanordnung auch nicht herausbilden können. Zwar ist nach A. Bacher die städtische Bevölkerung damals vielleicht nicht weniger massenhaft als in der römischen Kaiserzeit gewesen. Aber sie ergoß sich nicht in wenigen Zentren, sondern verteilte sich über eine größere

Anzahl besetzter Plätze, deren Entwicklung in dem Augenblicke abgeschlossen war, wo in den Städten alle Gewerbe, die das beschränkte Abgabegeld zu ernähren vermochte, vertreten und mit ausreichenden Arbeitskräften besetzt waren. Derrichte bis dahin volle Arbeitsfähigkeit, so suchte man nunmehr die weitere Ausdehnung zu hemmen, und schuf eine Reihe von Einschränkungen der Niederlassung und Gewerbetätigkeit, die bis ins 19. Jahrhundert hinein bestehen blieben. Infolgedessen trat ein Stillstand im Wachstum der Städte ein, und ihre Bevölkerungszahl konnte nicht sonderlich groß werden. Längst, für das man früher 70-80 000 Köpfe annahm, hat wohl nicht mehr als 22-24 000 geblieben. Für Köln werden im 15. Jahrhundert 30-35 000, für Straßburg, Nürnberg u. Ulm 20-25 000, Augsburg 18 000, Paderborn 11 000, Frankfurt 8-10 000, und Basel 8-10 000 angegeben. Beinahe bis zum Ende des 16. Jahrhunderts erst 14-15 000 Einwohner und erhielt wegen dieser bescheidenen Bevölkerungszahl, die in keinem Verhältnis zu seiner Bedeutung als Handels- und Reichplatz stand, den bezeichnenden Beinamen: die kleine Stadt mit dem großen Ruf. Als nun Marco Polo seinen handelten Zeitgenossen von den Riesenzahlen Chinas mit ihren Hunderttausenden von Bewohnern erzählte, da stieg er allgemein auf solchen Unglauben, daß man ihm den Weinamen 11 Millionen, der Millionenzwölfer, gab.

Erst schon im 11. Jahrhundert durch die Verheerungen, die der gefürchtete schwarze Tod, die Pest, angerichtet hatte, ein Stillstand ein, so folgte im Zeitalter des dreißigjährigen Krieges ein ausnahmslosster Rückgang der deutschen Städte, die infolge des Verlustes von Handel und Gewerbe wie durch Magd und Verarmung ihrer Bevölkerung ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit verloren und sich aus eigener Kraft nicht mehr zu erheben vermochten. Eine Ausnahme machten nur die damals aufstrebenden städtischen Zentren, in denen der Herrscher seine Verwaltung aufschlug und die nun durch Heranziehung des Volks, der Beamten und der Garnison künstlich zu größeren Verbrauchs- und Wirtschaftszentren gemacht wurden. In dieser ganzen langen Zeit

hat sich auch die Zahl der europäischen Großstädte so langsam vermehrt, daß es ihrer im Jahre 1500 erst 7, im Jahre 1600 11 und im Jahre 1700 bloß 14 gab. Im Jahre 1801 war ihre Zahl auf 21, 1850 auf 42, 1870 auf 70 und rund 20 Millionen Einwohner, 1880 auf 85, 1895 auf 121 mit 12 Millionen Einwohner und 1902 auf 149 gestiegen, so daß gegenüber dem langsamem Städtewachstum früherer Zeiten im Laufe eines einzigen, des 19. Jahrhunderts die Zahl der europäischen Großstädte sich gegenüber dem Bestande des Jahres 1501 verdreifacht hat.

Nach den Freiheitskriegen waren die deutschen Städte meist nur von einer Alderbar und Kleingewerbe treibenden Bevölkerung bewohnt und zeigten erst vereinzelt Ansätze zu Großhandel und Großgewerbe. Die Verwendung der Dampfmaschine für industrielle Zwecke war noch eine Seltenheit. Da erfolgten die geradezu revolutionär wirkenden technischen Erfindungen des 19. Jahrhunderts, während der ungeahnte Aufschwung des Wirtschaftslebens, der Gütererzeugung und des Verkehrslebens unter dem Einfluß einer ununterbrochenen Volksvermehrung — seit der Napoleonischen Zeit blieb Europa von Seuchen im wesentlichen verschont — alles früher dagewesene in den Schatten stellte. Vor allem haben die Eisenbahnen die geistlich eingeengte Arbeitskraft und Gewerbetätigkeit vielfach erst möglich gemacht, weil nur ein reich entwickeltes Verkehrsnetz ausreichte das Aufsteigen derjenigen Orte gestattete, die lohnenden Verdienst versprachen und dadurch viele Menschen anlockten. Höchste der Schwache und langsame Verkehr früherer Zeiten vorzugsweise das Anwachsen kleinerer und mittlerer Städte, so kommt der ungleich raschere und gewaltigere Verkehr der Gegenwart hauptsächlich den Großstädten zugute, weil in seinem Wesen ein Zusammenströmen in einigen bedeutenden Punkten mit Ueberhebung minder wichtiger Orte liegt. Auch die sich rasch entfaltende Großindustrie mit ihren vielfältigen Beschäftigungszweigen und ihren lohnenden Arbeitsgelegenheiten hat tiefgreifende Bevölkerungsveränderungen bewirkt und gewaltige Menschenmassen in die Städte gelockt,

Zur Krisis im Flottenverein

Karlsruhe die „Köln. Ztg.“, die von Anfang an mehr zu Bayern als zum Präsidium des Flottenvereins hielt und die Krisis vor allem auf ihre möglichen Einwirkungen auf das Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche prüfte:

Der Verlauf der Kasseler Tagung des Deutschen Flottenvereins wird auf jeden unbedingten Freund des Vaterlandes einen bezeichnenden Eindruck machen. Statt der inneren Festigung und der patriotischen Verbündung zwischen Nord und Süd ist schließlich das Ende gewesen: ein Flottenverein in Liquidation, denn ein Flottenverein, in dem das wichtigste Strukturelement des deutschen Lebens, die Bayern, fehlt, verliert für die historische Entwicklung des deutschen Gedankens erheblich an Bedeutung und wird schließlich wie auch andere patriotisch lebenswerte Veranstaltungen zu nur regionaler Wirkung zusammenzusinken. Wie das alles so gekommen, erscheint bei der kurzen, aber fesselnden Geschichte des Flottenvereins und dem großen Einfluss, den er sich zu sichern verstanden, fast unbegreiflich. Man kann es sich nur so erklären, daß die Beteiligten, statt sich ganz der Einigung und Verständigung bestehender Sache des Vereins zu widmen, sich haben durch Personenfragen dominieren lassen. Das Bild der Kasseler Tagung wenigstens stellt sich uns dar als ein persönlicher Kampf um Personen und Persönlichkeiten, der durch das gemeinsame Interesse an der Sache nicht vollständig eingedämmt worden ist. Das bedeutet einen harten Tadel für die Männer, denen die Meinung anvertraut war; und man wird in der Tat sein Urteil dahin zusammenfassen müssen, daß sie ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen gewesen sind. Ihre Sache wäre es gewesen, zu verhindern, daß Personenfragen, die der Sache und dem Ganzen gegenüber doch nur Nebenangelegenheiten und Nebenwirkungen darstellen, derartig in den Vordergrund getrieben und ausgedehnt wurden, daß man den geradezu lächerlichen Anschein erweckte, als ob Wohl und Wehe der deutschen Flotte, als ob die gesamte maritime Entwicklung Deutschlands von einem einzigen Namen im Präsidium des Flottenvereins abhängt. Das hat die Vertagung des Vereins nicht nur nicht verhindert, sie hat sich vielmehr selbst auf diese unbedeutenden Personenfragen verlegt und ist dafür verantwortlich, daß die Kasseler Verammlung die Empfindung hinterließ, daß die Bayern und unter ihnen Leute, die sich durch ihre öffentlichen Taten die Hochachtung ihrer Mitbürger im Westen wie im Osten erworben haben, in einer Weise majorisiert worden sind, die dem nationalen Standpunkte aus höchst bedauerlicher Weise und die den patriotischen Jüngern des Flottenvereins Abbruch tut. Läßt man daher als entscheidend gelten die Rücksicht auf das öffentliche Wohl, so sind wie der Zustimmung weiterer Schritte, wenn wir sagen: wie schon dieses Präsidium ohne Bedauern scheitert?

Uns bleibt, wie wir gestern ausführten, die Konsequenz, daß die eigentlichen Ziele des Flottenvereins nicht verschoben werden. Wegreicher der Regierungen und der Parteien zu der größeren deutschen Flotte zu sein, die wir brauchen, damit wir unsern Handel schützen und kein auch noch so übermächtiger Gegner uns verdrängen, mit uns anzubinden. Grundsätzlich müßten wir einen Flottenverein, der mehr ist als nur Populärminister des Bestehenden, der Bedeutung unserer gegenwärtigen Flotte, der Pläne des Reichsmarineministers, einen Flottenverein, als unabhängigen nationalen Volksverein, der durch seine Aufklärungen, seine Beziehungen zu große nationale Stimmung schafft und weiterträgt, aus der die erforderliche Einheit und Opferwilligkeit für die große deutsche Flotte hervorgeht. Der Flottenverein muß Politik, wie es der alte Nationalverein auch getan hat, nationale Politik treiben und damit in natürlichen Gegensatz zu politischen Gruppen treten, deren einzelne Anhänger patriotische Männer sein mögen, deren Grundwesen aber nicht unbedingt im nationalen Staat wurzelt. Wenn wir uns mit den Bayern nur über diese Ziele und Aufgaben des Flottenvereins einigen können, die in der Zukunft liegen, in der Vorbereitung jener hohen nationalen Stimmung, die die große deutsche Flotte bringt, dann werden wir uns über die Personenfragen, auf die die „Köln. Ztg.“ die Krisis zurückführt, schon verständigen. Wir halten Keins Verdienste für sehr groß, aber es wird auch ohne ihn gehen, wenn nur die Grundlagen nicht anders werden und der Geist nationaler, vorwärtsdrängender Begeisterung, den das zurückgetretene Präsidium gepflanz hat, derselbe bleibt.

Wir freuen uns aufrichtig, aus den heutigen Meldungen entnehmen zu können, daß die Bayern in Kassel keineswegs die Türe von draußen zugemacht haben wollten. Sie bleiben im Flottenverein und niemand will sie wissen, die kampfbereiten und patriotisch begeisterten Mitbegründer des Reiches sollen und auch Mitbegründer der deutschen Flotte sein, die wir brauchen, aber noch nicht haben. Sollte nicht in diesem begründeten Entschluß der Bayern ein erster Schritt zu einer dauernden und vollständigen Verständigung

beten sei der mittelalterlichen Mächtigkeitszeit kaum veränderter Weichheit zu mehr rasch zu klein wurde. So haben die gänzlich veränderten wirtschaftlichen und Verkehrsbedingungen der neueren Zeit seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts eine wahre Wälferswanderung im modernen Sinne hervorgerufen und viele Kleinstädte rasch in Mittelstädte, viele Mittel- in Großstädte und nicht wenige der letzteren in Riesenzentren verwandelt. Denn je mehr die Industrie die Hauptnahrungsquelle wird, um so größer werden die Konsumanforderungen in den Hauptorten der gewerblichen Tätigkeit und in den Knotenpunkten des Verkehrs. Darum hat selbst im südsteirischen Kärnten die rasche Entwicklung der Städte und der Gewerbetätigkeit im russischen Industriegebiet vollkommene Städte mit fast amerikanischer Schnelligkeit emporsteigen lassen. Ebenso zeigt Japan eine wachsende Zunahme der Städte, seitdem es aus einem rückständigen Agrarland immer mehr ein Handels- und Industrieland geworden ist. Wie Yokohama und Kobe zu Handelsplätzen erklärt wurden, waren heute ähnliche Hafenstädte. Jetzt zählen sie über 300.000 Einwohner, während die Anzahl der Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern innerhalb des Zeitraumes 1886—1906 von 130 auf 230, darunter 10 Großstädte, gestiegen ist.

Buntes Feuilleton.

Die Artillerie gegen das Luftschiff. Noch sind die leichten Luftschiffe nicht praktisch in den Dienst der Heere getreten, aber die Techniker sind schon ernst am Werke und suchen die Abwehrmittel gegen den neuen gefährlichen Feind der Geseesleitungen. Die Generalstabsbeschlüsse sah vor allem mit dem Schirmwerfer, der durch seine in der Luft verbleibende eine wichtige Rolle zu spielen. Der Stoff, aus dem die Luftschiffe angefertigt werden, ist auf außerordentlich große Entfernungen sichtbar und kann von Schirmwerfern selbst in Entfernungen von fünf und mehr Kilometern leicht entdeckt werden. Einmal im Lichtfeld, wird man den Ballon nicht mehr im Dunkel entweichen lassen, und man beginnt die artillerische Bekämpfung. Aber mit den Festgeschützen und Geschützen ist es unmöglich, einen Ballon zu erreichen, der sich in einer Höhe von mehr als 400 oder 500 Metern über dem Ge-

zu erheben sein? Die Volksseele hat ja nun wohl nachgerade in Köln und Kassel genügend gekocht, wir hoffen, daß bis zum Juni, bis zur Danziger Versammlung die gegenseitige Erbitterung sich so weit abgekühlt hat, daß Nord- und Süddeutsche sich verstanden die Hand reichen, sich verständigen über die norddeutsche Eigenart genau so wie süddeutsche Wünsche berücksichtigende Wahl eines paritätischen Präsidiums. Deutschland braucht einen Nationalverein mit einem weitestgehenden Zukunftsprogramm gerade im Anfang seines Eintritts in die Weltpolitik. Das wissen unsere Bayern so gut wie die Norddeutschen. Sollte daher nicht leicht eine Verständigung über die Agitationsmethoden zu erzielen sein, in denen wirklich die einzelnen Bundesstaaten sich möglichst freie Hand lassen könnten? Unser Vorschlag, bei der Wahl des neuen Präsidiums die Erfahrungen, die mit den Bayern gemacht worden sind, vollständig zu berücksichtigen, wird wohl am sichersten über die Krisis hinweghelfen. Aber die Grundlage des Flottenvereins als einer Organisation aus dem Volke heraus, die uns stark und kräftig machen will, und immer noch stärker und kräftiger für die schweren, politischen Aufgaben des „größeren Deutschlands“, sie darf nicht verändert werden und braucht es auch nicht, wenn in unserem Sinne der Danziger Friede geschlossen werden sollte.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 21. Januar 1908.

Ein Kanzlerkürzler.

Herr von Gerlach veröffentlicht in einem Berliner Montagblatt einen Aufsatz mit der Ueberschrift: Fort mit Bülow! Gerlach fordert wegen der Reichstagsverfälschung des kaiserlichen Willens vom 10. Januar dessen Sturz. Aber wer kommt nach Bülow? Diese Frage zieht der Artikelsschreiber auch in Betracht und fertigt sie folgendermaßen ab:

„Aber, wenn ja, so gilt hier das Wort:

Der eine fragt: was kommt danach,
Der andre: was ist nicht,
Und damit unterjochet sich
Der Freie dem dem Knaut.

Mag sein, daß der Nachfolger Bülows ein noch ärgerer Reaktionär ist als er — wenn's möglich ist! Aber darauf kommt es nicht an. Entscheidend ist, daß der Liberalismus um seiner selbst und um der politischen Sauberkeit willen mit allen Mitteln Bülow jagen muß.“

Lassen wir einmal politische Gesichtspunkte außer Betracht, beurteilen wir lieber Herrn von Gerlach's Argumentation soziologisch unter literarhistorischem Gesichtspunkte. Ist es wirklich recht, deutsche Dichterworte derart anzuwenden? Wäre nicht das Dichterwort von den Freien und dem Knaut wert sein, und nun soll er es in dieser Bedeutung erkennen? Nach Gerlach steht es dem freien Manne wohl an, einen Minister zu stürzen, auch wenn er weiß, daß sein Nachfolger noch weniger das verwirklichen wird, was der freie Mann wünscht? Und es ist freudige Genugung, in politischen Dingen sich zu fragen: „was kommt danach?“ Wir meinen umgekehrt, daß schon im gewöhnlichen Leben jeder mit Recht als ein Narr angesehen wird, der lebenden Augen sich die Möglichkeit, das zu erreichen, was sein Herz begehrt, noch absichtlich verschließt. „Ministerstürzerei“ zu treiben, ist in Preußen-Deutschland so wie so nicht immer ein gutes Geschäft gewesen. Aber ein Politiker, sei er Reaktionär oder Nationalsozialist, der sich diesem Sport hingeben kann, ohne selbst zu glauben oder zu erhoffen, daß ein „besserer Mann“ nachkommt, ist und ein psychologisches Rätsel.

Noch eine neue Partei?

Dr. Horneffer, der bekannte Reichstagsabgeordnete, hat in einer großen Weichsel Versammlung die Gründung einer neuen Partei angeregt. Sie soll „Deutsche Kulturpartei“ heißen. Welcher Art diese Kultur sein soll, ist noch nicht recht klar. Das Dr. Horneffer darüber verlauten ließ, erweckt kein großes Vertrauen. Ihre Jünger sollen zunächst aus der Kirche austreten, weil es innerhalb derselben keine Freiheit gäbe. Auch soll eine „Reform des Bistums“ vorgenommen werden. Nach einem vorliegenden Bericht soll es doch einige Zuhörer gegeben haben, die zu diesem Programm Vertrauen hatten und sich für die neue „Partei“ einschreiben ließen.

schick befindet; die Kassetten lassen eine detaillierte Hochstellung nicht zu. Wie die „Vestura Sportiva“ zu berichten weiß, arbeitet Krupp gegenwärtig an einem neuen Geschütztypus, der diese Mängel beseitigen und schließlich sogar einen Vertriebsweg ermöglichen soll. Die leichten Luftschiffe werden dadurch gezwungen, in außerordentlichen Höhen zu fliegen, und sie entgehen trotzdem nicht der Gefahr, der feindlichen Artillerie zum Opfer zu fallen. Zur Bekämpfung der Luftschiffe kommt ausschließlich das Schrapnell in Betracht. Aber auch die kleinen Angeln des feindlichen Schrapnells würden das Schicksal des Dirigablen nicht bessern, denn durch die kleinen runden Löcher entweicht das Gas nur langsam und die Luftschiffe würden in den meisten Fällen noch die Zeit haben, sich zurückzuziehen und ihre Wache wieder zu erreichen. Um die Wirkung der Geschosse zu erhöhen, hat man nun die Angeln des Geschosses durch eine etwa zehn Zentimeter lange Röhre zu zwei verbunden. Durch die Verengung der einzelnen Angeln würden die Ballonhülle statt der ungeschützten kleinen runden Löcher lange kreisförmige Wunden geschlagen, die den Dirigablen sofort zum Sinken bringen müßten. Ein italienischer Artillerieoffizier schlägt jetzt vor, die Röhre durch einen spiralförmig zusammengezogenen Eisenblech zu ersetzen, der durch seine Elastizität nicht Gefahr läuft, zu reißen und zugleich in der Lage wäre, der Ballonhülle ungleich größere Verletzungen, bis zu 40 Zentimeter Länge, beizubringen.

Ein französischer „Schäferhund“. Aus Erlangen wird der „ZfV. Jg.“ folgendes Kulturbildchen übermittelt: Unzählige im Januar zwischen der Schöpfung des Landfriedens zu beiden Seiten der Regnitz zwischen der Regnitz und der Regnitz in Regenz einem Ort des ausgehenden Sprengels zusammen. Dem Namen nach ist eine Generalversammlung des „Schäferhund“-eins „Hühner“, was da stattfindet, in Wirklichkeit aber eine ganz einzig dastehende gemischte Zusammenkunft, ein Klang und einer längst verfallenen Zeit. Man „Hühner“ da, ein halbes Ständchen über keine vierhundert Jünglinge und die Erfahrungen des letzten Jahres, bis die vom langen Warten in der Winterstille freigesetzten Gläser wieder aufgesetzt sind. Dann aber hält irgend einer aus dem „Hühner“-Ort eine Rede — heute legte er nach der Bibel die Rede des Schäferhundes — man singt, man führt eine neue Stegreif-Komödie auf und dann

Württembergische Politik.

Stuttgart, 20. Jan. Heute und in den nächsten Tagen findet hier vor der Strafkammer des Landgerichtes eine öffentliche Anklage wegen Beleidigung statt. Die Anklage richtet sich gegen den Regierungsbaumeister Wilhelm Hoffmann, der beschuldigt ist, den früheren Präsidenten der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Geh. Rat Valz in einer Broschüre beleidigt zu haben. Die Beleidigung wird darin erblickt, daß Herr Valz der Vorwurf gemacht wird, er habe keine öffentliche Stellung zu persönlichen Zwecken mißbraucht. Der Strafantrag erfolgte durch den Vorgesetzten von Herrn Valz, Ministerpräsident Weizsäcker. Es ist eine große Anzahl von Zeugen, zum Teil höhere Staatsbeamte, geladen, ferner Mitglieder des Aufsichtsrats der Firma Daimler und Co. Die Verhandlung nahm heute mit der Vernehmung des Angeklagten ihren Anfang.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 21. Januar 1908.

Ernannt wurde der Direktor am Lehrerseminar 1 in Karlsruhe, Dr. Karl Armbruster zum Oberschulrat und Kollegienmitglied der Oberstudienbehörde.

Berufen wurde Betriebssekretär Ludwig Köpfer in Wollsch zur Vernehmung der Stationsverwalterstelle nach Steinbach.

Beiträge zu den Kosten der zweiten Redarbrücke. Die zweite Redarbrücke wird demnächst ihrer Bestimmung übergeben. Vor der Schließung der Brücke bedarf es aber noch der Vornahme eines Verwaltungsgesetzes, der bereits in der letzten Vorlage an den Bürgerausschuß über den Brückenbau angekündigt und in der Sitzung vom 12. Juli 1904 von den beschickten Seiten im voraus gebilligt worden ist. Wie in jener Vorlage ausgeführt ist, hat der Stadtrat in Aussicht genommen, in Anwendung des § 72 der Städteordnung diejenigen Interessenten beim Vorgehensgesetzentwurf, darunter namentlich auch die Staatsdomäne als Besitzer von etwa 100 Hektar Gelände in der Mühlen- und im Herzogenried, deren Unternehmungen beim Grundbesitz die zweite Brücke in hervorragendem Maße besonderen Nutzen bietet, zur Deckung eines entsprechenden Teils der Herstellung- und Unterhaltungskosten durch besondere Beiträge heranzuziehen. Die Vorlage, die dem Bürgerausschuß zur Genehmigung in der nächsten Sitzung vorliegt, soll nunmehr die Verwirklichung dieses Vorhabens beschließen, so dem der Stadtrat aus dem § 69 der Städteordnung die Veranlassung ableitet. Die Brücke, so wird zur Begründung angeführt, ist eine Anlage der Stadtgemeinde, die von ihr im öffentlichen Interesse angelegt und unterhalten wird. Die Brücke bedingt eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, und insofern bringt sie allen Gesellschafts- und Wirtschaftskreisen der Stadt und Umgebung, die an dieser Verkehrsverbesserung interessiert sind, einen Vorteil. Darin liegt der Nutzen der Allgemeinheit; insofern befriedigt der Brückenbau ein öffentliches Interesse. Daneben aber haben einzelne Besitzer eines abgegrenzten Gemarkungsteils einen besonderen Vorteil. Es sind die Eigentümer derjenigen Grundstücke, die im Einflußgebiet der neuen Brücke liegen. Die durch die neue Brücke bewirkte Verkehrsverbesserung wird in erster Linie in den Stadtteilen Jungbusch und Redargarten nicht dem beiderseitigen Hinterland eine Verankerung der gegenseitigen Verkehrsbeziehungen und eine Verkehrsverbesserung hervorgerufen. Die Folgen dieser Verkehrsverbesserung werden sich hauptsächlich in drei Beziehungen geltend machen: a) in einer Steigerung der Nachfrage nach Rohbau, insbesondere Wohnungsbau, b) in einer Veränderung der sozialen oder wirtschaftlichen Charaktere der Wohnerschaft durch Niederlassung einer besser situierten Wohnerschaft, c) in einer durch die beiden oben erwähnten Tatsachen hervorgerufenen Bodenwertsteigerung. Wer sich die Geschichte des Brückenbaues in die Erinnerung zurückruft, wird die Wichtigkeit dieser Wirkung des Einflusses der Brücke ohne weiteres zugeben. Nicht einem Antriebe aus der gesamten Bürgererschaft, nicht der Initiative der städtischen Verwaltung, nur der selbstgewählten Agitation, dem unablässigen Drängen des interessierten Teils der Bürgererschaft, vor allem also der Grundbesitzer des Jungbusch- und Redargartenviertels, verdankt die Brücke ihre Entstehung. Man darf ruhig behaupten, daß wohl kaum ein zweites großes Bauwerk der Stadt Mannheim vorhanden sein wird, bei dem der Nutzen für bestimmte Interessenten so sehr in den Vordergrund und der Vorteil für die Allgemeinheit in dem Maße zurücktreten wird, wie es bei der Jungbuschbrücke der Fall ist. Erweckt man, daß die Gesamtheit der umliegenden Grundbesitzer an der Brücke nur ein beschriebenes Interesse hat, daß sie aber bei einer Unterbrechung des Verkehrs der Interessenten

geteilt zum Tanz. Das alles ist es nun freilich nicht, was diesen Schäfer-Hund so eigenartig macht, sondern die Teilnehmer sind. Die weiterhoben, oft vermittelten Gesellen, die das ganze Jahr draußen am Feld leben, allein mit sich und der Natur und ihren Tieren, deren jedes sie, wie der Stierler Karl einmal sagte, „am Gesicht“ kennen, die oft tage- und wochenlang keine zehn Worte reden, außerdem ihrem Hund oder wenn ihnen das Essen ausgeht, und die alle halbe Naturphilosophen sind. Als sie weiter angezogen kamen, manne sogar aus zehn Stunden Entfernung (den „Danke“) machte diesmal a. B. ein schwermütiger Kreis aus Kloster (Brosch.) 10 Kilometer hinten an dem (Stierler) (her), Blumenkränze am Kopf, in ihren Schürmännchen, ein paar auch mit dem altmodischen roten Schleier, dem langen schwarzen Rock und dem breitfrägen Hut vergangenem Jahrbucherte, fielen die alten Kerle einander um den Hals und weinten in der Freude des Wiedersehens. Und den Abend über herrschte ein merkwürdig warmer und doch würdiger Ton, wie es für Leute geizt, die sich das ganze Jahr über in so erhabener Umgebung bewegen und nichts wissen von den Unmühen derer in den Dörfern und Städten.

Eine Statistik der Theaterbrände. Eine Aufzählung der Theaterbrandkatastrophen in den letzten Jahrzehnten bis zu dem noch in feigster Erinnerung stehenden Unglück im Wisconsin-Theater in Chicago wird anlässlich des jüngsten Brandes des Opernhauses in Venedig in einem englischen Blatte gegeben. Im März 1881 zerstörte der Brand des Stadttheaters und der Oper in Kijow gegen 350 Menschenleben und noch in denselben Jahren, am 6. Dezember, erfolgte die Katastrophe im Wiener Ringtheater, bei der 470 Menschen den Tod in den Flammen fanden. Es folgten: 1883 Moskau mit 200 Toten, wenige Tage später der Circus Terzetti in Venedig mit 225, im Juni des gleichen Jahres das Sommertheater in Dordrecht mit 50 und im August das Theater Wini Sonati in Japan mit 75 Toten. 1884 Kinnelbach (Japan) 100, 1887 Opéra Comique (Paris) 77, Greter Theatre gegen 200, 1888 Opéra 120, 1894 Milwaukee 77, 1896 der Circus in Chateaufort mit 49, 1897 London mit 230 und der Wohlthätigkeits-Theater in Paris mit 124 Opfern. Dabei sind kleinere Katastrophen, die bis zu 50 Menschenleben forderten, noch gar nicht berücksichtigt.

mit ihren Umlagen die Vergütung und Amortisation eines Kapitals, das allein für den eigentlichen Brückenbau voranschlagsmäßig 2.900.000 M. betragen, aufbringen müßte, so wird man ohne weiteres zugeben, daß bei der Jungfernschraube die Beitragsverteilung von der Städteordnung der Städteverwaltung geradezu zur Pflicht gemacht wird. Würde die Durchführung des Weizsauerverfahrens unterbleiben, so müßten die umlagepflichtigen Einwohner der Stadtgemeinde aus ihrer Tasche den Millionen Gewinn zahlen, den zweifellos der größte Grundbesitzer im Einflußgebiet der Brücke, das Hr. Domänenrat, durch den Brückenbau erfahren wird. Das Hr. Domänenrat besitzt in der Unterstadt und dem Herzogenried zusammenhängende Grundstücksflächen, von denen jede über 400.000 Quadratmeter reines Baugelände ergibt. Bei der Unterjachtung über den für die Beitragspflicht in Betracht kommenden Interessentenkreis hat sich ergeben, daß lediglich die Eigentümer der im Einflußgebiet der Brücke liegenden Grundstücke zu Beiträgen herangezogen werden können. Eine Prüfung, ob etwa daneben bestimmte Gewerbebetriebe der Beitragspflicht unterworfen werden könnten, führte zu einem negativen Resultat. Die Grundlage für die Ermittlung der Beitragsverteilung bilden bei jedem einzelnen Grundstück folgende Faktoren: a) die durch die Brücke bewirkte Wegabkürzung, b) die Entfernung von der neuen Brücke, c) die nach der Bauordnung zulässige bauliche Ausnutzung, d) bei den großen zusammenhängenden Grundstücksflächen der Stadtgemeinde im Schenkerfeld und des Hr. Domänenrats in der Unterstadt ihr Komplexcharakter. Eine Wertsteigerung erfahren an und für sich alle im Einflußgebiet der Brücke liegenden Grundstücke, die bebauten sowohl wie die unbebauten. Wenn die Beitragspflicht gleichwohl nur auf die unbebauten Grundstücke gelegt wurde, so war dabei die Erwägung leitend, daß die Größe dieser Wertsteigerung bei beiden Arten von Grundstücken durchaus verschieden ist. Der Grundbesitzer wird durch die Gemeindevermögenssteuer relativ stärker belastet als die unbebauten Grundstücke; er ist ferner verhältnismäßig als diese, ohne daß dieser Umstand wegen des Ausschusses des Schenkungszugs keine kommunale Vermögensverluste mindert. Andererseits sind die im Grundbesitz inbegriffenen Steuerkapitalien relativ und absolut höher als die Steuerwerte der Grundstücksflächen, das Umlageergebnis aus ihnen also ein reichlicheres, als aus den unbebauten Grundstücken. Die Beiträge sind für jeden einzelnen Beteiligten in besonderer Rechnung aufgestellt und stufen sich für die einzelnen Beteiligten nach der Größe der ihnen gebührenden besonderen Vorteile ab. Die Summe aller Beiträge beträgt 1.980.000,28 M. Die Herstellungskosten des eigentlichen Brückenbaues und der Vorarbeiten belaufen sich voranschlagsmäßig auf 2.838.000 M., die endgültigen Kosten werden hinter den voranschlagsmäßigen Betrag nicht zurückbleiben. Bei Annahme möglicher Sätze wird man nach einer neuerlichen Berechnung des Tiefbaunamts mit einem jährlichen durchschnittlichen Unterhaltung- und Reinigungsanwand von 10.480 M. rechnen, und bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent für diese Aufwendungen ein Kapital von 262.000 M. vorziehen müssen. Die Kosten des Baues und der Unterhaltung der Brücke werden sich also, gering gerechnet, auf rund 2.600.000 M. belaufen. Ihnen steht ein Gesamtbeitrag der Interessenten von 1.980.000,28 M. gegenüber, so daß vom Gesamtanwand auf die Allgemeinheit 47,33 Prozent, auf die Beitragspflichtigen 52,67 Prozent entfallen. Nachteilig würde der Statuierung der sofortigen Fälligkeit der Beiträge nichts im Wege stehen. Da es sich aber bei diesem Weizsauerverfahren um eine Erneuerung handelt, und der Statutrat jede Schrottheit bei der Einführung dieses neuen Verfahrens vermeiden will, so sollen die Beiträge erst fällig werden, wenn die Brücke bereits einige Zeit in Betrieb war. Die Beiträge sollen deshalb in drei Terminen, jeweils am 1. April der Jahre 1911, 1912 und 1913 zahlbar sein. Die Einführung des Beitragsbeschlusses an die Beteiligten wird durch ortsübliche Bekanntmachung erfolgen.

Die diesjährigen Kaiserparaden — 15. (offiziellen) und 16. (sohringischen) Corps — sollen nach den bisherigen Bestimmungen am 25. und 28. August bei Straßburg i. E. und bei Reg. abgehalten werden. Für die Kaiserparaden werden zwei Kavallerie-Divisionen gebildet, zu deren Aufstellung preussische, bayerische, württembergische, badische und hessische Regimenter herangezogen werden.

Eine Kerkmeisterprüfung beschäftigt die Eisenbahnverwaltung einzuführen. Die Vorbedingung zur Zulassung zu dieser Prüfung wird wie beim Hög. und Kerkmeister neben dem Besuch einer Fachschule die Erlernung eines Handwerks sein.

Der Eisenbahnverkehr über die Schiffbrücke bei Speyer ist am 13. Januar mit Zug 1006 wieder aufgenommen worden.

Marina. Dem Vernehmen nach ist die Paul- und Silvanische Kurgasse kürzlich mit einem Transport Schlachthühner aus Tüft in den Viehhof von München eingeschleppt worden, und hat von hier aus in Bayern bereits eine größere Ausbreitung gefunden. Durch den Bezug von Schlachthühnern aus dem genannten Viehhof ist die Seuche auch im Schlachthof in Stuttgart sowie im Oberamtsbezirk Göttingen ausgebrochen, während sie im Oberamtsbezirk Jenafrank im schwebischen Allgäu seit längerer Zeit herrscht und von hier ausweislich in den Oberamtsbezirk Biberach verschleppt wurde. Unter diesen Umständen liegt die Gefahr der Seuchenausbreitung nach Baden, das bis jetzt seuchenfrei ist, nahe. Auf diese Gefahr werden Viehhändler, welche Vieheinäufe in Württemberg und Bayern, sowie namentlich von Schlachthühnern im Viehhof in München machen, ganz besonders aufmerksam gemacht.

Allgemeine Sanbwerberversammlung. Zu dem Bericht im heutigen Ringblatt teilt uns Herr Vieber hermiten mit, daß sich die Ansiedlung nicht auf das Brückengelände, sondern auf das Brückenauffahrtsgelände der zweiten Reckardstraße bezogen habe. Vieber erbat die Sanbwerberklärung dahin zu wirken, daß Anstreicherarbeiten von den Schlossermeistern nicht übernommen, sondern an die Kunstschlosserarbeiten von den gewöhnlichen Schlosserarbeiten trennen, wie es auch ganz am Plage sei, sei es nämlich, wenn das Tiefbaunamt den Schlossermeistern gar aus dem noch schwebende Arbeiten aufpassen sollte.

Städtische Mastenbälle im Rosengarten. Eine einheitliche Idee liegt der Anschaffung des Ribelungens als für den am 1. Februar im Rosengarten stattfindenden Mastenball zugrunde. Die Arche Noah, für deren Unterbringung kein Raum, kein Museum groß genug war, den Ribelungensaal des Rosengartens wird sie füllen und ihren menschlichen und tierischen Inhalt entleeren. Auf hohen Stühlen, die Ribelungens, werden den Berg mit grünen launigen Bäumen erfüllen. Alle die Tiere, groß und klein, alle die Paare, die Noah in seine Arche genommen und die aus der Zeit nach der Sündflut uns überkommen sind, werden den Saal bevölkern, werden die Brüstungen der Empore in langen Reihen umwandeln. Die Luft ist von Vögeln aller Art erfüllt, es wird ein buntes Bild geben.

Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Abteilung Mannheim. Es sei an dieser Stelle nochmals auf den Mittwoch, den 22. d., Nachmittags 4 Uhr, im Saale des „Wilmshofs“ stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. Bernhard Weder über „Frauenstudium an der Handelshochschule“ aufmerksam gemacht.

Die technischen Angelegenheiten in der Volkswirtschaft und ihre heutigen Standfragen. Ueber dieses Thema sprach gestern Abend Herr Dr. jur. Würmer-Verlin in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung des Technischen Vereins im Apollo-Saal. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Ingenieur Henkeling gab der Referent einleitend eine ausführliche Klarlegung der Begriffsbestimmung des Wesens der Volkswirtschaft und Technik und machte hierbei einige geschichtliche Bemerkungen über die Entwicklung der letzteren in unserer Zeit. Durch den umfangreichen Maschinenbetrieb der heutigen Technik ergab sich die Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses, einer Mittelperson zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. In Stahlwerken entfällt beispielsweise auf 20 Arbeiter ein Techniker, in Werften auf 16 Arbeiter, in Maschinenfabriken sogar auf 4-12 Arbeiter schon ein solcher. Für Deutschland wird die Zahl der technischen Angestellten auf 3-400.000 geschätzt. Neben seiner bisherigen idealistisch-besonnenen, rein konstruierenden Tätigkeit hat sich der in seinem Ansehen unterworfene Techniker heute mit der Notwendigkeit, Fragen und volkswirtschaftlichen Dingen beschäftigen müssen. Bereits beginnt sich der Ingenieur oder technische Reisende, der technisches Wissen mit kaufmännischem Können vereint, erfolgreich einzuführen. Für diese Zwecke sind eigentliche volkswirtschaftliche Kurse empfehlenswert, vielleicht vom Staate aus selbst geschaffen. Die rücksichtigen Rechtsverhältnisse der Techniker gegenüber den Kaufleuten in Bezug auf Befolgung, unregelmäßige Gehaltszahlung, Abzug der Krankengelder vom Gehalt, Anspruch auf Zeugnisausstellung erst nach Lösung des Arbeitsverhältnisses, ausgeübte drückende Geltung der Konkurrenzklause, unzulängliches Recht an der eigenen Erfindung wurden eingehend besprochen. Weitere berechtigte Forderungen des Technikers sind die autoritative Ständevertretung und der Ausbau der Anwalts- und Altersversicherung, sowie der Kranken- und Unfallversicherungspflicht und die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen. Die Handlungsgehilfen haben sich durch ihre gewaltigen Organisationen einen Vorsprung erworben, den sich die Techniker zum Beispiel nehmen müssen. Der Deutsche Technikerbund ist seit 25 Jahren in der Verfolgung der Ständefragen tätig und hat u. a. auch bei der Reichsgewerbeordnungs-Novelle seine Wünsche erfolgreich geltend gemacht. Mit einem kernigen Schlußwort, in der eine gerechtere Würdigung des vorwiegend deutschen technischen Beamtentums gefordert wurde, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall seine überzeugenden Ausführungen. In der Disposition sprach Vatenomwall Neutlinger-Grünstadt über die Notwendigkeit, daß sich der Techniker mit Politik beschäftigen und über den Nutzen der Kenntnis des Patentrechts. Herr Hofmeister Reiche beleuchtete die Technikerfrage vom politischen Standpunkte, von dem aus sich der Aufbruch der technischen Organisation an die politischen Parteien zur Gewinnung der Staatsbeihilfe empfiehlt. Herr Diplomingenieur Schäfer vom Bunde der technisch-industriellen Beamten sprach namens seiner Organisation, worauf nach einem Schlußwort des Referenten der Vorsitzende, Herr Henkeling, um 11 Uhr die lehrreiche Versammlung schloß.

Hofmeister. Das bekannte und gern gelesene oberbayerische Bauertheater (Direktion: Wihl Dengg aus Schliersee), das von seinen früheren Gastspielen her bekannt und beliebt ist, wird vom 1. Februar ab hier wieder einige Vorstellungen geben. Das Repertoire des Ensembles, zu dem eine ganze Reihe erstklassiger Kräfte gehören, beruht auf sämtlichen Ausgewählten Stücken, sowie zahlreichen wertvollen überlieferten Schöpfungen. Das Ensemble besitzt eigene pittoreske Dekorationen, Kostüme und Requisiten. Jeden Abend Original-Schauspielplan mit der feinsten Sänger- und Tänzerinnen (4 Paare), sowie Vorträge des bekannten Struosenquartetts. Eröffnungsvorstellung dieses Gastspiels am Sonntag, den 1. Februar, mit „Grafen von Hohenhausen“ von Angenbrun. Am Sonntag, 2. Februar, wird nachmittags „Der Bruder Martin“, abends „D. Welt geht unter“ gegeben.

Feststellung. Wie wir auf Wunsch mitteilen, steht Herr Kaufmann Philipp Hermann, Reisender bei Ernst Krüpe, C. 3, 1, mit seinen bei Schmoller, im Sandhaus und in der Kunsthandlung Schiele höchsttätigen Söhnen zu dem Wechsel-fälliger Peter Hermann in keinen verwandtschaftlichen Beziehungen.

Mäuerischer Ueberfall. Am vergangenen Freitag, morgens um 7 1/2 Uhr, wurde der Fabrikarbeiter Konrad Red von Schwebingen auf der Straße von Schwebingen nach Rheinau von einem Unbekannten angehalten, der ihm sein Geld abnehmen wollte. Es entstand zwischen den beiden eine Kauererei, wobei Red dem Angreifer einen Stich in den rechten Oberarm versetzte und dadurch entkam. Der Verwundete ist etwa 35-38 Jahre alt, 1,60-1,65 Meter groß, unterseht, hat volles braunes Gesicht mit blondem Schnurbart, trägt dunkle Hose, graue Lederhose mit Gürtel um den Leib und schwarzen, weichen dreieckigen Hosen. Zweifelhafte Mitteilungen wollen an die Gendarmerie gerichtet werden.

Aus dem Schöffengericht. Die beiden Turnvereine in Rebenheim — der nationale und die Freie Turnerschaft — gaben den Anlaß zu einem Streit zwischen mehreren Mitgliedern von beiden und brachen in der Nacht zum 2. Dezember d. J. in der Wirtschaft zum „Blau“ in Rebenheim, bei dem von beiden Parteien aus kräftigste dreingelassen wurde. Der Hauptverursacher war der Maurer Friedrich Viedermann, der den Fabrikarbeiter Daniel Hartmann die Handtasche der Wirtschaft zum „Blau“ bannterwarf. Der Maurer G. Krampf war mit einem Bierglas nach Viedermann, traf aber den Maurer G. Brauch. Maurer G. Brauch brachte eine Seltersflasche als Wurfgeschoss, das jedoch sein Ziel verfehlte. Viedermann erhielt in der Wirtschaft eine gehörige Tracht Prügel für den Stich über die Treppe von den Maurern Friedrich Brunner, Krampf und Brauch. Es werden verurteilt: Viedermann zu 6 Wochen, der Kampfgasse-Maurer Jaf. Heide zu 4 Wochen, Brunner und Krampf zu 2 Wochen Gefängnis, Brauch wegen Verstoß zu 14 Tagen Haft.

Aus Ludwigshafen. Der 51 Jahre alte Kohlenhändler Wepel von hier stürzte gestern Abend 7 Uhr an der Ecke der von der Tenn- und Hartmannstraße vom Gehweg auf die Straße und schlug mit dem Hinterkopf auf die Kante der bewanderten Mauer und erlitt einen Schädelbruch und starb noch während der Nacht in seiner Wohnung. Wepel hatte vor längerer Zeit einen Automobilunfall erlitten, wegen dem er einen Schadenersatzprozeß führte. Seit dem Unfall konnte der Mann sich nur mühsam fortbewegen. — In einer Herberge im nördlichen Stadtteil erlitt gestern der 70 Jahre alte Adam Damm von Lampertheim einen Schlaganfall und war sofort eine Leiche.

Sport.

V. Baden-Baden, 20. Jan. Der Internationale Klub hielt vorgestern unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Grafen v. Fürstentum-Verdringen, die diesjährige 100. beständige ordentliche Generalversammlung ab. Der Eintritt in die Tagesordnung geschah der Präsident des Vereins, des Großherzogs Friedrich von Baden, dessen Protektion der Klub sich stets zu erstrecken hatte. Der Klub wird Großherzog

Friedrich allezeit in dankbarer Erinnerung behalten. Ueber den Rechnungsablaß erstattete Vauker Bund einen eingehenden Bericht, dem folgendes entnommen sei: Das Jahresrechnungsergebnis ist als recht günstig zu bezeichnen. Der technische Rennbetrieb erforderte zwar gegenüber dem Jahre 1906 einen höheren Aufwands zu den Rennpreisen von ca. 40.000 Mark, da trotz besserer Dotierung einiger Rennen die Beteiligung der Ställe eine weitere Abnahme erfahren hat. Dagegen haben der Rennbahn- sowie der interne Klub-Betrieb recht gute Ergebnisse geliefert, wobei der Ausfall im technischen Rennbetrieb war der außerordentlich gute Tribünenbesuch abschlaggebend. Die Entwürfe, welche schon in den beiden vorhergehenden Jahren aus dem gewählten Rahmen herausgeraten waren, haben infolge des wunderbaren Wetters, dessen sich die Rennen an sämtlichen Tagen zu erfreuen hatten, eine weitere namhafte Erhöhung erfahren und stellen jetzt eine Rekordgröße dar! Auch das Ergebnis des Totalisators bei das des Jahres 1906, welches recht gut war, annähernd erreicht. Das Budget pro 1908, welches neben einer bedeutenden Erhöhung der Rennpreise aus Anlaß des diesjährigen fünfzigjährigen Bestehens der Rennen noch außerordentliche Ausgaben zwecks feierlicher Begehung dieses Jubiläums vorsieht, fand einstimmige Genehmigung. Dem Bericht über den Mittelabschluß zufolge hat sich die Zahl der ständigen Mitglieder wenig verändert, während der Stand der Offiziers-Mitglieder eine Abnahme von 6 Herren erfahren hat. Der Besuch seitens vorübergehender Mitglieder war sehr gut, wenn er auch etwas hinter demjenigen des vorhergehenden Jahres zurückgeblieben ist. Die statutenmäßige Neuwahl der Kluborgane für die Dauer der nächsten drei Jahre hatten folgendes Ergebnis: Es wurde gewählt zum Präsidenten der bisherige Vize-Präsident, Prinz Gons zu Hohenlohe-Dehringen; zu Vize-Präsidenten die Herren Graf Georg Lehnhorst, Oberlandshausmeister und Freiherr Karl von Benningen-Münster. In das Klub-Direktorium wurden gewählt als Mitglieder Prinz Friedrich Karl zu Hohenlohe-Dehringen, Baron von Wöber und Bankier Franz Hund und als Stellvertreter M. Jozzabos, Philipp Alton Mader und Konrad Müller. In das Internationale Renn-Komitee wurden die bisherigen Herren wieder gewählt, ferner als neue Mitglieder Freiherr E. Alfred von Oppenheim und Baron C. von Benningen. Im Anschluß an die Generalversammlung fand eine Sitzung des Internationalen Renn-Komitees statt. Das Komitee hat der technischen Kommission nochmals zur Ermüdung anheimgegeben, ob es sich ermöglichen läßt, den Wünschen der Stadt Baden für eine weitere Verlängerung der Dauer des Rennmeetings Rechnung zu tragen, jedoch sich über die Befriedigung der diesjährigen Rennstage sowie Ausgestaltung des Programms momentan noch nicht berichten läßt. Eine weitere Sitzung des Direktoriums hatte sich mit internen Angelegenheiten zu befassen. Am Abend vereinigten sich die Mitglieder zur Teilnahme an dem üblichen Klub-Diner.

Wintersport.

Der Preis des Kronprinzen für Bobleigh-Fahrer wurde in St. Moritz nach heftigem Kampf von W. J. Orsini mit seinem Bobleigh-Maintenon" erstritten. Im ganzen beteiligten sich 19 Mannschaften an den einzelnen Läufen. Die hegreiche Mannschaft durchfuhr die Strecke in der Rekordzeit von 1 Min. 44 Sek. Der zweite Preis fiel an den von C. Kuffm. Der gefallenen Schiften „Seal“, während der dritte zwischen Prinz Heinrich von Reuss auf „Wan“ und Hans Widmer mit „Albmet“ geteilt wurde.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ueber Frau Betty Allersich. Hofstadter Gastspiel schreiben dortige Blätter: Die illustre Gastin, Frau Betty Allersich, hat eine durch die Gnade der ansehnlichsten Kunst geachtete Hanne (in „Herrmann Henrich“). Mit einem geradezu faszinierenden Spiel hielt die Dandylin bis zum Schluß in stetigem Crescendo. Das Gebahren mit Henrich; mit dem Reiter die unvergleichliche Szene im Wald; die innere Rüste und Gefühlslosigkeit gegen ihren Mann und zum Schluß der unerlösten Aufpreis — alles war so naturalistisch lebensecht, daß es wohl nicht mehr überboten werden kann. — Der „Hofstadter Anzeiger“ urteilt: Der Gast täuschte völlig darüber hinweg, daß Gerhart Hauptmann die Hanne in verschiedener Richtung individuell unbestimmt gelassen hat. Frau Allersich spielt sie auf die robuste, sinnlich grobe Natur hinaus, die ohne Bedenken nach ihren gemeinen Trieben handelt. Mit ungeheurer Naturkraft gab Frau Allersich sie wieder, derb und herlos und voll Berechnung. Hanne am Wochtag kann überhaupt nicht realistischer dargestellt werden, als es geschah, zumal da die Gestalt des Gastes in ihrer Geborgenheit zu der Woge wie geschaffen ist. Von Anfang bis Schluß einheitlich durchgeführt, bot die Hanne von Betty Allersich das abgeschlossene Bild einer rücksichtslosen Egoistin. Diefem gemeinen Weibe verfallt der brave, mühsam denkende Herrmann Henrich in seiner Arglosigkeit. Alfred Weidinger konnte sich neben der hervorragenden Leistung des Gastes schätzenswert behaupten.

Von Tag zu Tag.

Ein verheerender Tourist. Mannheim, 21. Jan. Der „Mannheimer Anzeiger“ meldet aus Schliersee: Der Universitätsstudent cand. jur. Otto Vömler aus Wernberg, seit mehreren Jahren in Mannheim wohnhaft, wollte am Mittwoch einen Ausflug nach Garmisch unternehmen, änderte aber im Sandbühnenhof Wänden seinen Plan und fuhr nach Schliersee. Hier mietete er sich für eine Woche im Hotel „Mittelschloß“ ein. Am Donnerstag unternahm er eine Tour auf den Rönberg. Nach den angestellten Ermittlungen kam aber Vömler dort nicht an. Er fuhr bis jetzt auch weder nach Wänden noch in das Hotel in Schliersee zurück. Gestern und heute wurden Rettungs-Expeditionen nach allen Richtungen ausgesandt, sie lehren jedoch alle erfolglos zurück. Es ist bestimmt anzunehmen, daß Vömler verunglückt und nicht mehr am Leben ist.

Verhafteter Prokurist. Offen, 21. Jan. Wegen umfangreicher Unterschlagungen ist der hiesige Prokurist Franz Lamm von der seit einiger Zeit infolge von Zahlungs-schwierigkeiten in Liquidation befindlichen Bankfirma Theodor Bräcke & Co. m. B. verhaftet worden. Die Höhe der unterschlagenen Summe ist noch nicht festgestellt, dürfte aber etwa 30.000 Mark betragen.

Todessturz von der Brücke. Plauen, 21. Jan. Ein Arbeitslosgelbes bedürftiger vierzigjähriger Steiger, Vater von fünf Kindern, stürzte sich die 70 Meter hohe Eifenbrücke hinab.

Schiffskollision. Haag, 21. Jan. Auf der Schelde kollidierte gestern Abend um vier Uhr zwischen der griechische Getreidedampfer „Epirus“ aus Sulina während dichten Nebels mit

dem Dampfer der Red Star Line „Holland“. Der Dampfer „Eurus“ bekam ein großes Loch bei den Kohlenbunkern und sank in wenigen Minuten. Die 25 Mann starke Besatzung konnte sich nur mit knapper Not in einem eigenen Rettungsboote und in einem Boote der „Holland“ retten.

— Geheilter Dampfer. Viel. 21. Jan. Der von Remesse abgegangene Dampfer „Pernambuco“ ist bei schwerem Wellsturm auf dem Rahmriff gescheitert und völlig zertrümmert worden. Die Besatzung von 10 Mann ist mit genauer Not gerettet worden.

— Die Tat eines Wahnsinnigen. Berlin, 21. Jan. Auf schreckliche Art hat gestern ein Trunkenbold seinem Leben ein Ende bereitet. Der 43 Jahre alte Händler Louis Schulz schritt sich gestern in seiner Wohnung in der Schwebelnerstraße 4 mit einem Küchenmesser den Leib auf, zu einer Zeit, wo sich Frau und Tochter in der Nebenstube aufhielten. Er trennte die Bauchdecke auf, riss sich die Eingeweide heraus, zerriß sie und warf sie in der Stube nieder. Im Lazarett-Krankenhaus trat bald nach der Entdeckung der Tat des Mannes ein, der ein Trinker und die Tat anscheinend im Delirium begangen hat.

— Ein Kind von einem Bären kaspert. Goss, 21. Jan. Hier kasperte, wie man dem „Berl. Tagebl.“ meldet, eine aus zwölf Köpfen bestehende Bärenzirkusgesellschaft. Einer der Bären wurde gestern, fiel über ein 10 Jahre altes Kind her und riss ihm das Kopfhaar samt der Kopfhaut ab. Das auf diese Weise kasperte Kind liegt im hoffnungslosen Zustand im Krankenhaus. Der Bär, der das Unheil angerichtet hatte, wurde erschossen.

Nachtrag zum lokalen Teil.

* Leichenführung. Die Leiche des Töchterchens des Schreiners H. R., das eine der beiden Mädchen, die am Sonntag im Keller beim Selbstmordtode verstarben, wurde heute Mittag an der neuen Leichenhalle gelandet. Die herbeigekommene Mutter des Kindes sprach an der Leiche ohnmächtig zusammen und mußte weggetragen werden.

* Die beiden Wechselsticker, die eine kleine Bank auf einleierten Weise um 15 000 M. gebracht hatten, wurden am Samstag in Konstanz in einem öffentlichen Saal begin, in einem Hofhof verurteilt. Die Güter hatten von dem Geld bereits 5400 M. verausgabt. In Konstanz saßen sie neben im Wert von 250 M., für 100 M. Schiffe und für nicht weniger als 300 M. Verschulden.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

2. Kammer. — 15. Sitzung.

* Karlsruhe, 21. Jan.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dufsch und Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen Debatte über das

Justizbudget.

Eingeleitet ist eine Petition des Verbands badischer Gemeindepolizeibeamteter um Abänderung des Gesetzes über die Fürsorge für Gemeinde- und Körperpolizeibeamtete.

Abg. Gröbner (fr.).

Die Herren in meiner Nachbarschaft haben nicht die Absicht auf die gestern vom Herrn Minister in die Debatte herein-gebrachte Broschüre des Arbeitersekretärs Frank näher einzugehen. Damit würde die Justizdebatte nur beschwert werden. Wir haben stets die Wünsche der Subalternbeamten mit aller Jähigkeit vertreten, und die Lage dieser Beamten ist nicht so schlecht, daß sie in so sensationeller Weise behandelt werden mußte. Es haben die badischen Subalternbeamten auch keine Veranlassung, Vergleiche mit Beamten außerhalb der gelb-roten Grenzlinie zu ziehen.

Was den Hauptprozeß anlangt, so habe ich die Person des Bau und das Urteil keineswegs in die Debatte hineingelegt; ich lasse mir keinesfalls das Gesichtsfeld verschieben. Der Herr Oberstaatsanwalt hat zwar den Versuch gemacht, mir in sachlicher Weise entgegenzutreten, aber ich habe auch noch diesen Ausführungen keine Veranlassung, etwas zurückzunehmen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, daß dem Verteidiger die Akteneinsicht verweigert worden ist. Es ist auch vom Regierungstisch kein vernünftiger Grund dafür angeführt worden. Auch, was die Verschlagnahme von Briefen bei Frau Bau anlangt, so beruft sich der Oberstaatsanwalt auf § 97 Straf-Ges.-B., allein der Staatsanwalt hat selbst an die Frau Bau geschrieben, daß sie nicht verpflichtet sei, den Brief herauszugeben; also scheint der Staatsanwalt doch nicht überzeugt gewesen zu sein von der Richtigkeit der Frau Bau's. Großen rhetorischen Erfolg hat der Oberstaatsanwalt gehabt mit der Verlesung der Speisekarte aus dem Gefängnis Bau's; jedoch Bau hatte nach der Strafprozeßordnung vor der rechtskräftigen Entscheidung Anspruch auf alle Bequemlichkeiten. Der Oberstaatsanwalt hat weiter gesagt, eine gewisse Lesart sei Bau mit Recht entzogen worden; das aber ist gegen das Gesetz verstoßend. Nicht eingegangen ist der Oberstaatsanwalt auf die Beschwerde, daß dem Bau vom ersten Tag nach seiner Verurteilung das Schreibmaterial entzogen wurde, auch hat der Staatsanwalt ganz die Behandlung Bau's durch den Gefängnisdirektor übergegangen. Der Abg. Obkircher hat mich hier in ähnlicher Weise angegriffen, allein ich habe keine Veranlassung mich mit ihm auseinanderzusetzen, da er über den Fall absolut nicht informiert ist. Wenn es den Abg. Obkircher gewundert hat, daß sich ein Verteidiger für mich gefunden hat, so ist er durch die Rede Benedek's belehrt worden, daß ich hier nicht allein stehe. Wenn Dr. Dieck vor das Landesgericht gestellt wird, so wird sich ja herausstellen, daß alle die Angriffe auf diesen ungerechtfertigt sind. Die bona fides könne ihm nicht abgesprochen werden. Wenn aber dieser, der aus der höheren Richterlaufbahn hervorgegangen ist, mit den Rechtsmitteln zustande gekommen ist, die die Strafprozeßordnung zur Verfügung stellt, so ist der Beweis der Reformbedürftigkeit dieser Vorschriften erbracht.

Abg. Obkircher (natl.)

polenisiert gegen die Abg. Gröbner. Ich habe dem Verteidiger Bau's nur einen, allerdings schweren Vorwurf gemacht, den

ich aber aufrecht erhalte, daß er die öffentliche Meinung beeinflusst hat mit der Nebenabsicht einer Einwirkung auf das Richterkollegium. Was die Affessorenverordnung anbelangt, so sind auch meine Freunde bereit, die Sache nach der Erklärung des Staatsministers auf sich beruhen zu lassen. Wenn die Verordnung doch einmal abgeändert werden muß, so sollte auch der Gedanke noch einmal erwogen werden, ob denn, die keine Aufnahme in den Staatsdienst finden können, nicht freigestellt werden kann, sich im praktischen Dienst weiter auszubilden und vielleicht auch zu bewahren. Der numerus clausus in der Verordnung bleibt bestehen; wir erwarten aber, daß die Regierung diese Bestimmung möglichst schonend handhabt. Das Recht der freien Auswahl muß bestehen, es kann dieses nur beanstandet werden, wenn sich hier Mißbräuche herausstellen.

Der Abg. Kopp hat von der allgemeinen Ueberfälligkeit der akademischen Verurteilung gesprochen, und diese auf die Lage Handhabung der Prüfung an den Mittelschulen zurückgeführt. Das hier eine gewisse Parallele besteht, ist allerdings zuzugeben, das trifft besonders auf die Schulen in kleineren Städten zu, das aber diese Parallele auch an den größeren Schulen besteht, muß bestritten werden. Wenn die Anforderungen in den Mittelschulen noch mehr erhöht würden, so ergäben sich schließlich recht unerwünschte Folgen. Beim Abitur soll nicht das Maß von Wissen, sondern die Weisheitsbildung ausschlaggebend sein. Der Kollege Kopp hat auch meine Ausführungen über den Formalismus bei Befeldigungsstellen gestreift; meine Ausführungen sollten ganz allgemein sein. Nebenher geht jedoch auf den Prozeß der „Freien Stimme“ gegen den Staatsanwalt Jungmanns näher ein. Im Falle Ged. habe ich es sich gar nicht um einen Redakteur und um die Wahrung des Redaktionsgeheimnisses. Nachdem das Verfahren gegen Wuppel angesetzt war, wurde der Redakteur der „Volksstimme“, Edgar Ged., als Junge vernommen. Dieser aber wie andere Jungen haben mit aller Bestimmtheit erklärt, daß der „Schmutzbrief“ mit der „Volksstimme“ nichts zu tun habe. Dann aber konnte der Redakteur Ged. nicht mehr als Redakteur behandelt werden. Objekt behandelt worden ist der Fall durch die „Badische Rechtspraxis“. (Nebenher verliest diesen Artikel.) Von Redaktionsgeheimnis war keine Rede, es kann also auch nicht von einer „hässlichen Wahnahme“ gesprochen werden. Dann aber ist die Zwangshaft nicht vom Staatsanwalt verurteilt worden, sondern vom Untersuchungsrichter, und es ist diese Wahnahme auch vom obersten Gerichtshof nicht nur als gesetzlich zulässig, sondern auch für angemessen erachtet worden. Der Abg. Pfeiffer hat gesagt, daß die Sozialdemokraten in Mannheim keine gute Erfahrungen mit dem 1. Staatsanwalt Jungmanns gemacht habe. Ich glaube, das beruht auf Gegenseitigkeit. (Weiterleut.) Es wäre ihm wohl lieber gewesen, nicht mit der Sozialdemokratie in Mannheim und mit ihrer Presse in Verbindung zu kommen. Als Staatsanwalt aber hat er die Pflicht, alle Leistungen seines Bezirkes zu lesen, und wo es nötig, einzuschreiten. Wenn der Abg. Benedek gestern den Staatsanwalt Jungmanns lobte, dann aber aufsteht, gegenüber Konstanz habe er sich in Mannheim gewandelt, so ist das nicht richtig; nicht er hat sich gewandelt, aber seine Umgebung. Er betätigt sich nicht mehr in der politischen Öffentlichkeit, das Recht aber einer Partei anzugehören kann keinem Staatsbeamten bestritten werden. Ich glaube, der Herr Staatsminister hat recht daran, wenn er sagte, daß es nicht im öffentlichen Interesse liege, wenn sich die Richter aus dem öffentlichen Leben zurückziehen würden. In der öffentlichen Tätigkeit lernt man erst die Menschen erkennen, da, wo sie mit Leidenschaft ihre Meinungen vertreten, und dadurch wird erst der Richter befähigt, die Dinge mit dem richtigen Gesicht anzuschauen. Der Abg. Pfeiffer hat nach dem Wirtz-Prozeß gesprochen, und dabei gesagt, daß der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft sich als Lügner entpuppt habe. Nun die Geschworenen können anderer Meinung gewesen zu sein, daß sie den Redakteur Ged. schuldig sprachen. Abg. Pfeiffer hat auch gesagt, es gäbe wohl Fälle, wo der Minister in die Maßnahmen der Gerichte eingreifen könne. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist ein hohes Gut, das nicht angetastet werden sollte. Es ist merkwürdig, wie weit sich die Sozialdemokratie in ihrer Infolakerna treiben läßt, wenn sie glaubt, daß einem derartigen Unrecht gegeben ist. (Beifall bei den Nationalliberalen).

Oberstaatsanwalt Duffner:

Man spricht immer von guten Glauben des Herrn Verteidigers im Hauptprozeß; man sollte dann aber auch meinen, daß bei ihm dann der Willen nicht ausgeschlossen sein sollte, dasjenige anzunehmen und zu verteidigen, was das Verhalten der Beamten rechtfertigt. Der Abg. Benedek glaubte, aufrecht erhalten zu sollen, daß die Vorwürfe durch meine Ausführungen nicht entkräftet worden sind. Nun was handelt es sich nun in dem einzigen und einen Fall, in dem Dr. Dieck Recht behalten hat, um die Umwandlung der Wehrhaft in Einzelhaft. Das aber war eine Sache des Ermessens. Freilich, das war gar nicht ein so unfreundlicher Vorwurf, den Gröbner dem Untersuchungsrichter gemacht hat. Der unfreundliche Vorwurf ist der, daß anschließend an den Erfolg der Beschwerde des Verteidigers Bau aus dem anderen Gefängnis in das Untersuchungsgefängnis in der Akademiestraße überführt werden und zwar deshalb, weil der Untersuchungsrichter seinem Vorgesetzten über diesen Erfolg Aufschluß machen wollte. Das war durchaus unfernünftig; es ist auch, daß Gröbner nicht erkannte, daß es so nicht sein konnte, und ich glaube heute wäre Anlaß gewesen, einen solchen Vorwurf zurückzunehmen. Es ist natürlich, daß ein Untersuchungsgefängnis solange er vernommen wird, ins Untersuchungsgefängnis überführt wird, das dem Untersuchungsrichter am nächsten liegt. Nachdem festgestellt wurde, daß Bau nach der Ueberführung mehrfach vernommen wurde, so ist es sehr unerfreulich, daß heute dieser Vorwurf nicht zurückgenommen wurde. Ich weile die Behauptung zurück, als ob Geschworenen die vorgeschlagenen seien in Bezug auf die Akteneinsicht. Das aber ist eine Frage der Entscheidung des Gerichts. Bisher ist der Zustand der, daß erst nach Abschluß der Voruntersuchung die unbefugte Einsichtnahme der Akten ausgeübt werden kann. So kann wurde hinsichtlich der Begünstigung durch die Frau Bau's gesagt, ich hätte mich hier förmlich widersprochen. Der Staatsanwalt hat aber an die Frau Bau's geschrieben: „Bitte schicken Sie mir den Brief, aber Sie sind nicht dazu verpflichtet.“ Daraus können doch solche Schlüsse nicht gezogen werden, wie das vom Abg. Gröbner geschehen ist. Man hat mir vorgeworfen, daß Bau manche Bequemlichkeiten nach der Verurteilung vorerhalten worden sind; ich habe schon das letzte Mal gesagt, daß sich Bau nach seiner Verurteilung außerordentlich feibel benommen hat und sich aus seinem Todesurteil gar nichts machte. Wenn gesagt wird, Bau sei auch das Schreibmaterial entzogen worden, so kann ich mir das nur so denken, daß Uebergriffe Bau's vorgekommen sind; ich glaube aber, daß hier Mißverständnisse vorliegen. Der Abg. Benedek hat davon gesprochen, daß Redakteure aus dem Bureau des Untersuchungsrichters Informationen erhalten hätten; solche Behauptungen sind durchaus unrichtig und zurückzuweisen. Wichtig aber ist, daß Berichtigungen über ganz abentuerliche Gerüchte durch den Untersuchungsrichter erfolgen,

wenn er von der Presse angefragt wurde. Ich kann verstehen, daß man hier Geschworenen zur Verurteilung stelle; aber wenn die Entscheidung von Ermessensfragen zur Diskussion gestellt wird, dann verheißt ich schließlich nicht, welcher Zweck wird denn verfolgt, hier alle diese Ausführungen zu machen. Ich kann nur das eine sagen, was ich ausführte, war lediglich eingegeben gewesen durch die Pflicht der Rechtfertigung der angegriffenen Beamten. Ich werde mich enthalten, irgendwie aggressiv vorzugehen gegen den Verteidiger im Hauptprozeß. Ich hätte sehr weit gehen können, mit solchen Angriffen; ich habe es unterlassen; das Landesgericht der Anwälte möge hier entscheiden. — Es hat dann hier der Abg. Pfeiffer den Vorwurf dem 1. Staatsanwalt in Mannheim gemacht, daß er sich bei seinen Anträgen von politischen Momenten leiten lasse. Wenn ein so schwerer Vorwurf gemacht wird, dann sollte man auch Tatsachenmaterial bringen. Der Oberstaatsanwalt freilich den Verurteilungsprozeß der „Volksstimme“ und schließlich: Jeglicher Sachverhalt, daß Parteigebhörigkeit den Staatsanwalt und seine amtliche Tätigkeit beeinflusst, ist mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Abg. Sacklind (Sog.)

spricht zum Verurteilungsprozeß, zur Schnupftobakaffäre und zur Behandlung der Streitenden in Mannheim. Bezüglich der Affessorenverordnung müsse die Sozialdemokratie eine abwartende Stellung einnehmen.

Staatsminister Freiherr von Dufsch

locutur sich gegen die Behauptung des Abg. Sacklind, daß der 1. Staatsanwalt in Mannheim die Stellung seiner Strafanträge von der politischen Stellung des zu Schließenden abhängig mache. Der Abg. Sacklind sollte entweder solche Verdächtigungen unterlassen oder die Fälle bezeichnen, in denen ein solch schwerer Vorwurf begründet ist.

Abg. Benedek (Dem.)

Ich weise nochmals den Vorwurf mit großer Entschiedenheit zurück, daß der Verteidiger Bau's auf die Öffentlichkeit einwirken wollte. Wohl aber ist richtig, daß sowohl der Staatsanwalt wie der Untersuchungsrichter vor der Hauptverhandlung mit der Presse in Verbindung getreten sind. Nebenher polemisiert gegen den Abg. Obkircher und geht nochmals auf den Fall Bau's ein.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Sacklind (Sog.), erstatet der Verurteilungsrichter Abg. Dr. Bing das Schlussswort, das Haus tritt sodann in

die Spezialdebatte

ein. Zu § 111 Abs. 1 (Landgerichte; Schlichter) nimmt das Wort Abg. Obkircher (natl.), um den im letzten Landtag vom Abg. Bayer-Mannheim geäußerten Wunsch zu wiederholen, daß die Richter der Kammer für Handelsfachen möglichst lange in diesem Amte verbleiben.

Ministerialdirektor Dr. Gubisch anerkennt das Interesse des Handels, daß die Handelsrichter möglichst wenig wechseln. Allein hier sollen es nicht für zweckmäßig, die Richter dieser Kammer möglichst dauernd an diesem Amt zu festhalten. Es entsteht dann leicht die Gefahr der Konstellation dieser Kammer von den ordentlichen Gerichten, auch ist es nicht zweckmäßig, diese Handelsrichter von vornherein auf diesen Amt festzuhalten. Eine solche Wechsel müssen wir vermeiden, aber es soll nicht ein besonderer Organismus in den Gerichten durch die Handelskammern entstehen.

Abg. Wittum (natl.) wiederholt seinen oft geäußerten Wunsch in Pforzheim ein besonderes Landgericht zu erhalten.

Ministerialdirektor Dr. Gubisch erklärt, daß nicht die Finanzlage der hiesigen Grund gegeben ist, ein solches Landgericht in Pforzheim zu erhalten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo noch keine Entscheidung über die Justizreform getroffen ist, kann der Antrag der Errichtung eines Landgerichts in Pforzheim nicht nähergegründet werden.

Zu Titel I (Antisgerichte) nimmt das Wort

Abg. Gröbner (Dem.), der die Zustände des Amtsgerichts in Schilddingen kritisiert. Auch steht das Amtsgefängnis nicht auf dem rechten Platz. Vor drei Jahren ist bereits ein Plan für ein neues Gefängnis vorgelegt worden, schließlich hat sich aber die Sache wieder zerlegt. Das Bedürfnis eines Neubaus des Amtsgerichts ist ein dringendes geworden.

Ministerialrat Reichardt: Die Regierung hat fortgesetzt die Erweiterung eines Bauplans für das neue Amtsgericht und Amtsgefängnis im Auge behalten. Die Schwierigkeiten sind jedoch deswegen groß, weil die Einwohnerviertel Schilddingen sehr dicht darüber liegt, wo die neuen Gebäude kommen sollen. Die Regierung wird den Planerwerb im Auge behalten; eine entsprechende Position soll im nächsten Budget erscheinen. Mit der Errichtung des neuen Amtsgerichts wird freilich auch solange zugeteilt werden müssen, bis die Justizreform abgeschlossen ist.

Abg. Sacklind (Sog.) fragt über Ueberleitung der Mannheimer Amtsrichter.

Abg. Rebmanna (natl.) hält die Verhältnisse des Amts- und Landgerichts in Pforzheim für unzureichend und wünscht eine einheitliche Lösung der beiden Neubauten, wobei er näher auf die Lagefrage eingeht.

Abg. Giehrer (Str.) führt aus, daß die Ueberleitung der Mannheimer Amtsrichter unrichtig sei. Im Jahre 1907 wurden am Mannheimer Amtsgericht 12 450 (gegen 11 226 l. J. 1906) Prozesse erledigt, und 1895 (1894) kontradiktorische Urteile gefällt. Ueber Verzögerungen aber ist am Mannheimer Amtsgericht nicht zu klagen; das befähigen die Mannheimer Anwälte.

Abg. Dr. Bing (natl.) bittet die Regierung, die Erweiterung des Mannheimer Amts- und Landgerichtsgebäudes im Auge zu behalten.

Abg. Rehm (Sog.) wünscht die Errichtung eines Amtsgerichts in Ladenburg.

Ministerialdirektor Gubisch: Wir haben für das Amtsgericht Mannheim nur einen neuen Richter angefordert, und im Prinzipiel zugesagt; wir werden einen neuen Richter anstellen, wenn es sich zeigt, daß die Geschäfte dauernd gehäuft werden wie bisher. Was die Errichtung der Termine am Mannheimer Amtsgericht anlangt, werden wohl manche Mängel eintreten; aber das ist ganz gewiß uninteressant, wenn der Abg. Sacklind behauptet, die Mängel seien so groß, daß manche Rechtssachen der Recht nicht fänden.

Zu Titel VI (Notariats- und Grundbuchwesen) spricht Abg. Dreiner (Centr.), der die Angelegenheit der Grundbuchführer für Stadt und Land bemängelt.

Abg. Rehm-Bahr (natl.) nimmt sich hierbei der Wünsche der Bureauassistenten an.

Abg. Red (Natl.) wünscht eine bessere Entlohnung der Grundbuchassistenten.

Abg. Bing (Natl.) spricht zu den Wünschen der Notariatsassistenten.

Zu Titel 7 (Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege) nimmt das Wort:

Abg. Schmund (Str.), der die baulichen Verhältnisse des Amtsgefängnisses Pforzheim für unzulänglich hält und dessen Verbesserung wünscht.

Abg. Giehrer (Natl.) hält eine Reihe von Reparaturen am Amtsgefängnis und Amtsgericht in Pforzheim für nötig.

Abg. Quenger (Nat.) spricht über die Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Beim außerordentlichen Etat spricht: Abg. Armbruster (Ztr.) über den Amtsgerichtsneubau in Ettenheim. Die Maßfrage sei hierbei glücklich gelöst. Abg. Binz (Nat.) spricht zur gleichen Position als Berichterstatter der Budgetkommission, späterhin zur Förderung des Stenographieunterrichts für Kanzleibeamte.

Abg. Muser (Dem.) wünscht wie der Berichterstatter eine partielle Behandlung der verschiedenen Stenographie-Systeme. Durch die einseitige Bevorzugung des Gabelberger-Systems bei der Justiz würden die Einigungsbestrebungen der verschiedenen Richtungen beeinträchtigt.

Geh. Oberregierungsrat Treßger: Die Regierung nimmt sowohl Stalzo-Schrey als Gabelberger gegenüber eine neutrale Haltung ein. Im beschränkten Justizdienste aber solle nur ein System zur Anwendung gelangen; man habe sich für das Gabelberger-System entschieden.

Eine dreimalige Abstimmung.

Es ist ein Antrag Muser und Gen. eingegangen, in welchem die Regierung ersucht wird, die angelegten 4000 Mark zur Förderung des Stenographieunterrichts zur Förderung des Gabelberger sowie des Stalzo-Schrey-Systems zu verwenden.

Präsident Fehrenbach läßt über den Antrag abstimmen. Mit 23 gegen 20 Stimmen wird der Antrag angenommen, bezw. abgelehnt.

Präsident Fehrenbach läßt nach dieser Abstimmung die abwesenden Abgeordneten in den Sitzungssaal herbeirufen und nimmt nochmals eine Abstimmung vor. Diese Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags mit 23 gegen 20 Stimmen.

Staatsminister Dreyer, von Dusch bittet das Haus, sich darüber auszusprechen, welchen Sinn der Antrag eigentlich haben solle.

Abg. Muser (Dem.) entgegnet ziemlich erregt dem Staatsminister und erklärt, der Antrag solle nichts anderes bezeichnen, als die partielle Behandlung der beiden Systeme zu gewährleisten.

Abg. Blücher (Nat.) meint, es solle zur vorherigen Begründung des Antrags noch einmal das Wort erteilt werden, worauf Abg. Muser (Dem.) seinen Antrag nochmals begründet.

Minister v. Dusch erklärte hierzu nochmals, daß das Ministerium beiden Systemen vollkommen objektiv gegenüber stehe. Es handle sich aber im vorliegenden Falle darum, wie man in einem Dienstzweige praktisch verfahren soll.

Abg. Zehner (Ztr.) pflichtet den Ausführungen des Ministers bei.

Abg. Muser (Dem.): Nach den vorausgegangenen Ausführungen liegt die Sache so: Theoretisch herrscht völlige Freiheit, aber in der Praxis beschränkt man die Freiheit.

Präsident Fehrenbach: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Interpellanten.

Der Antrag wird nunmehr mit 27 gegen 20 Stimmen abgelehnt. (Gelächter.)

Abg. Binz (Nat.) erklärt, daß der Antrag der Budgetkommission auf Beschneidung des Budgets, worauf der Antrag, die eingebrachten Petitionen bezüglich des Amtsgerichtsneubaus in Ettenheim für erledigt zu erklären, einstimmig angenommen.

Abg. Binz (Nat.) wünscht sodann, daß der morgige Tag von einer Sitzung frei gelassen werde, welchem Wunsch der Abg. Heißle (Nat.) zustimmt. Wiedemann (Zent.) und Präsident Fehrenbach sind dagegen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch demnächst 1/10 Uhr statt. Tagesordnung: Allgemeine Finanzdebatte in Verbindung mit der Beantwortung der Interpellation über den Fall Scherfke.

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

* * *

* Karlsruhe, 20. Jan. Das Ministerium des Groß-Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten hat mit der kaiserl. Regierung eine Vereinbarung getroffen wegen gegenseitiger Gewährung von Eisenbahnfahrt der Landtagsabgeordneten in den Grenzgebieten.

Lezte Nachrichten und Telegramme.

* London (Pfalz), 21. Jan. Die Strafkammer verurteilt den Winger Müller von Woschbach wegen Weinschmuggels zu zwei Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe.

* Birmensdorf, 21. Jan. Bei einem Wortwechsel tötete der Jücker Weismann den Jücker Sünder durch zwei Revolverkugeln. Der Täter ist verhaftet.

* Reg., 21. Jan. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 18jährigen Jücker Emil Thonbin aus Reg. wegen Raubmordes in zwei Fällen, bezogen am 12. Dezember u. 18. in Reg. bei Reg. am Eigentümer Franz Donner und dessen 18jährigen Mutter zu zwei Malen zum Tode.

* Friedrichshafen, 21. Jan. Gestern Nachmittag fand die amtliche Untersuchung des Dampfschiffes der Reichs-Drachenschiffahrt statt. Die Untersuchung ergab, daß es außerordentlich langsam die Bodenseefahrt lief. Das Boot erhielt den Namen „Dra“. Zum Kapitän wurde der Seemann Schleich, der seit 20 Jahren auf dem Bodensee tätig ist, berufen. Das Dampfschiff kostete 75 000 Mark.

* Kiel, 21. Jan. Der Kaiser ist gestern Abend un erwartet auf dem Prinzen Waldert in der Seebadeanstalt veranlaßt. Der Kaiser ist gestern Abend un erwartet auf dem Prinzen Waldert in der Seebadeanstalt veranlaßt. Der Kaiser ist gestern Abend un erwartet auf dem Prinzen Waldert in der Seebadeanstalt veranlaßt.

* Paris, 21. Jan. Der Generalstaatsanwalt will die Auslieferung des wegen Mordes am Kaiserlichen Bankräuber verhafteten Terroristenporters zulassen. Der Verteidiger behauptet, daß dieser Bankräuber ein politisches Verbrechen sei und eine Auslieferung deshalb nicht stattfinden könne.

* St. Petersburg, 21. Jan. Der „Fakel“ soll wurde gestern zwischen dem Staatssekretär des Außenministeriums, Herrn Dornburg, und dem Vertreter der australischen Firma „Holtz und Co.“ geschlossen. Die vereinbarte, von Deutschland zu zahlende Entschädigung beträgt 4100 Pfund, anstatt der geforderten 12 500 Pfund. Das Abkommen wird, u. „Fakel“, als freundschaftlich und für beide Teile ehrenvoll bezeichnet.

Die Zigarettenhandelssteuer.

* Leipzig, 20. Jan. Zigarettenhändler, Fabrikanten und Vertreter der Zigarettenindustrie protestieren in einer stark besuchten Versammlung gegen die Einführung einer Vandalensteuer auf Zigaretten. Die Reichstagsabgeordneten wurden ersucht, jede Vermehrung der Zigarettensteuern abzulehnen. Ein außerordentlicher Volkskongress soll noch besonders hierzu Stellung nehmen.

Der Kampf um die preussische Wahlrechtsreform.

* Berlin, 21. Jan. Der von der freisinnigen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses zusammengeführte Ausschuss zur Befämpfung des preussischen Dreiklassenwahlrechts hat seine erste Sitzung abgehalten und eine planmäßige Agitation durch Flugblätter und durch Volksversammlungen beschlossen. In den Ausschuss wurde H. „Fakel“, auch der Abgeordnete Dr. Naumann kooperiert.

Ein Straßenkampf in der Reichshauptstadt.

* Berlin, 21. Jan. Auf dem Schiffbauerdamm gegenüber dem Reichstagsgebäude kam es um 1 1/2 Uhr zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und der Polizei, die vom Theaterneubau mit Piegeln beauftragt wurde. Verletzte und Polizei zu Fuß gingen mit der blanken Waffe gegen die Menge vor, wobei eine Anzahl Exzentriker am Kopf verwundet wurden.

Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Katholikentages.

* Leipzig, 20. Jan. Sonntag fand in Leipzig eine vom „Leipziger Lehrerverein“ einberufene Versammlung statt, die von 700 Personen, darunter zahlreichen Ortschulräten und Lehrern der Bezirke Leipzig, Dux, Zeitz und Leisnig, besucht war. Zu derselben hatten sich eingefunden die Abgeordneten Hadel, Lipka, Schreiner, Krüger und Kutscher. Die Versammlung hatte einen stürmischen Verlauf und protestierte gegen die Beschlüsse des Wiener Katholikentages. Es wurde mit allen gegen 21 Stimmen eine Resolution angenommen, in welcher die Annahmen des Katholikentages entschieden zurückgewiesen und alle freiwillig Gesinnten, und insbesondere die freikirchlichen Abgeordneten, aufgefordert werden, den verstärkten Ansturm der Klerikalen auf die Freiheit des gesamten Unterrichtswesens in Österreich zurückzuweisen und den Bemühungen der Christlichsozialen auf Herabsetzung der Dauer der allgemeinen Schulpflicht mit erneuter nachdrücklicher Ausdauer und Festigkeit entgegenzutreten.

Das Eisenbahnunglück bei Pont Aquabella.

* Mailand, 21. Jan. Von den bei dem Eisenbahnunglück Verletzten sind bis jetzt 25 geborgen worden; darunter befinden sich drei Schwerverletzte. Die Persönlichkeit einiger Toten und Verletzten ist noch nicht festgestellt. Unter den bis jetzt bekannten Namen befindet sich kein Ausländer.

Morocco.

* London, 21. Jan. Der Standard meldet aus Tangier: Die Gefesellschaft in Fez nimmt in bevorstehender Weise zu. Die Bevölkerung plünderte einen Weizenpeicher der Regierung. Die Behörden wurden, als sie einschreiten wollten, mit dem Tode bedroht.

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratstag: Staatssekretär des Reichspostamts Krawitz.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Zur Beratung steht die Vorlage betr. Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches durch eine Novelle mit den Bestimmungen über die elektrische Telegraphie ohne metallische Verbindungsführung.

Staatssekretär Krawitz führt aus: Den Anlaß zum Entwurf gab die Entwidlung und weitere Ausgestaltung der Funkentelegraphie für praktische Zwecke. Dadurch ergab sich die Notwendigkeit für die Abänderung des Telegraphengesetzes einmal für die Zwecke des eigenen Landes, der Landesvermittlung, der Kriegs- und Handelsmarine und der Fernschreibtelegraphie. Die Entwicklung der Funkentelegraphie ist sehr schnell vor sich gegangen und bald insbesondere für die Marine sehr wichtig geworden, heute sind auch die größeren Personendampfer mit solchen Apparaten ausgerüstet. Während des Krieges in Ostafrika hat die Funkentelegraphie eine große Rolle gespielt. Auch erinnere ich an die Marsch und den Krieg in Afrika. Nur konnten die Funkentelegraphie gewisse Nachteile an und zwar in der Richtung, daß die Funkentelegraphie nicht wie die übrige Telegraphie an einen metallischen Leiter gebunden ist, sondern daß sie ihren Weg durch den Äther sucht. Infolge dieses Umstandes seien solche Stationen in der Lage, nicht für bestimmte Telegramme aufzunehmen und Telegramme zu zerlegen. Diesem Umstande soll durch die Vorlage abgeholfen werden. Außerdem kommt in Betracht die Ausnutzung von Schiffen, der Kriegs- wie Personenschiffe mit solchen telegraphischen Apparaten. Es hätten sich Schwierigkeiten dabei ergeben, dadurch, daß eine ausländische Gesellschaft beansprucht, daß jedes Schiff, das mit ihren Apparaten ausgestattet sei, nur mit solchen Schiffen sprechen dürfe, die Apparate desselben Systems haben. Infolgedessen sei in Betracht der Wichtigkeit der Funkentelegraphie für die Schifffahrt schon 1903 in Berlin eine internationale Konferenz zum Abschluß eines Übereinkommens zusammengetreten.

Man einigte sich dann auf der Grundlage, daß es möglich wäre, einen internationalen Vertrag abzuschließen, dessen wichtigste Bestimmung wäre, daß jedes Schiff mit den Umständen in Verbindung treten müßte, gleichviel welche Apparate sie führen. Alsdann gelang es 1901 in Berlin einen internationalen Kongress einzuberufen, auf welchem sämtliche europäischen und die hauptsächlichsten überseeischen Staaten vertreten waren und auf welchem die Grundlage für einen internationalen Vertrag festgelegt wurden. Um dies durchzuführen zu können mußte die Regierung in der Lage sein, allen Schiffen und Stationen vorzuschreiben, gewisse Bedingungen zu erfüllen, bevor die Genehmigung zur Errichtung einer Station erteilt wird. Dies sei der Zweck der Abänderung des Gesetzes.

* Berlin, 21. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags setzte die Beratung des Militärhaushalts fort und nahm bei dem Kapitel „Artillerie- und Waffengewesen“ eine von Berger (Ztr.) eingebrachte Resolution an, nach welcher die Ausgaben für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben sind, die bezüglich der Arbeitsbedingung die gesetzlichen Vorschriften innehalten und wenn Tarifverträge am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen des Tarifs zurückbleiben. Ferner solle die Militärverwaltung die Festsetzung oder Verordnung von Arbeitsbedingungen in Militärverwaltungen unter Mitwirkung von Arbeitervereinigungen vornehmen. Die Kommission nahm dann noch einen Antrag Gräber an, nach welchem den Arbeitern auch an gesetzlichen Feiertagen Lohn gezahlt werden soll. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Telegraphische Handelsberichte.

4% badische Staatsanleihe von 1908. (Privattelegramm). Aus Berlin wird uns gebracht: Die Subskription auf die Mark 34 Millionen 4prozentige badische Staatsanleihe von 1908 ist infolge großer Ueberzeichnung sofort nach der Eröffnung geschlossen worden.

Interventionen im Anleihemarkt. Gegenüber der Angabe, eines Berliner Kurses, wonach die Annahme besteht, die Seehandlung hätte 45 Millionen als Anleiher aufnehmen müssen, um die Kurse zu stützen, kann die „Fakel“, aufgrund guter Informationen feststellen, daß nur ein Teilbetrag der genannten Summe aufgenommen wurde. Die Interventionen resp. Ankäufe von Anleihen stehen auch mit Interventionen anlässlich der Emissionen in Hamburg, Bielefeld und Baden in Verbindung. Besonders nahm auch Süddeutschland viele Kaufoperationen vor.

Comptoir d'Escompte de Mulhouse. Die Generalversammlung schlägt eine Dividende von 8 Prozent im Vorjahre vor. Der Reichsbank. Das Institut bezieht noch der „Fakel“, seine Beteiligung an dem Konkurs der Deutsch-Kölnischen Bank auf etwa M. 60 000, außer einem nicht erheblichen Betrag in Wechsel. Die Reichsbank hat erklärt, daß sie durch verschiedene, zum Teil erlassene Hypotheken völlig gedeckt sei. Ein Verlust für das Institut sei völlig ausgeschlossen.

* Frankfurt a. M., 21. Jan. (Priv.-Tel.) In einer Sitzung des Ausschusses der Handelskammer für Hotel- und Verkehrswesen wurde das Projekt der Errichtung eines holländischen Hotels am Domplatz zwischen Domstraße und „Reichsad“ besprochen. In den Kreisen der Frankfurter Hoteliers hat dieses Projekt große Beunruhigung hervorgerufen, da ohnehin schon auf dem Gebiet der Hotelindustrie in Frankfurt bekanntlich eine Ueberproduktion herrscht. Im Wirtschaftsjahre 1906/07 f. f. wird angegeben, daß die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Frankfurt sehr zu wünschen übrig läßt. Die Befragung der Hotels betrug im Durchschnitt für das vergangene Jahr kaum 35 Prozent. Die Handelskammer ersucht die holländische Behörde, die Befragen gegen das holländische Projekt eindringlich zu beachten.

* Köln, 21. Jan. Meldungen aus dem Ruhrrevier zufolge sind die durch Frostwetter verursachte Störungen vollständig behoben und der Verkehr kann wieder aufgenommen werden. Der Verkehrsbetrieb in den Eisenbahnsystemen ist gegenwärtig außerordentlich reger; auch der Rheinisch-Westfälische Verkehr wird in vollem Umfange wieder aufgenommen, soweit der niedrige Wasserstand nicht besondere Schwierigkeiten im Frachtgeschäft aufwirft.

* Köln, 21. Jan. Der „Köln. Volkszeitung“ zufolge behält der Stahlwerksverband die Ausfuhrfrist für die Auslandsverträge von 3 auf 6 Monate aus, gewährt also fortan den Preisnachlaß von 15 Mark pro Tonne Halbzugsverbrauch auf alle Auslandsverträge, die innerhalb 6 Monate zur Abwicklung gelangen.

* M.-Gladbach, 21. Jan. Die im vorigen Jahre gegründete Spinnerei-M.-G. Emil Schöndler in M.-Gladbach schlägt H. „Fakel“, M. 50 pro Aktie — 7 1/2 pCt. Dividende vor.

* Duisburg, 21. Jan. In der außerordentlichen Generalversammlung der Holzfirma Albert Hoffmann Akt.-Ges. in Duisburg wurde H. „Fakel“, einstimmig die Liquidation beschlossen.

* Berlin, 21. Jan. Bei der Reichsbank waren bis zum 18. ds. Mts. die Rückflüsse nicht so sehr stark wie im Vorjahre. Auch die Zunahme des Metallbestandes war nicht so groß. Bis zum erwähnten Tage bestand H. „Fakel“, noch eine Steuerpflicht, doch glaubt man, daß bis zum 23. Jan. die Steuerpflicht erledigt sein werde.

* Berlin, 21. Jan. Die zwischen den Ausfuhren der Vereinigung deutscher Samt- und Seidenwarengroßhändler und dem Verbande deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche vereinbarte Verständigung über die Zahlungs- und Lieferungsbedingungen der Großhändler wurde nach dem „Cont.“ in der Generalversammlung d. Großhändler mit 35 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Infolgedessen legen der Ausfuhr und die Beiräte der Großhändlervereinigung ihre Komit niedel. Es wurde beschlossen, daß die bisherigen Zahlungsbedingungen in Kraft bleiben.

* New York, 21. Jan. Die Preise aller Baumwollzeuge werden laut „Fakel“, neuerdings reduziert, jedoch der Rückgang gegen den höchsten Preis 20 Prozent beträgt.

Mannheimer Effektenbörse

vom 21. Januar. (Offizieller Bericht)

Die Börse verlief ruhig. Es notierten: Pfälz. Breitenbrunn und Sprickfabrik 159.50 B., Portland-Zementwerke Heidelberg 147 B., Zuckerfabrik Waghäusel-Affen 126 B., 127 B. und Zuckerfabrik Mannheim 51 B., 53 B.

Obligationen.

Pfandbriefe.	Industrie-Obligationen.
4% Rh. Hyp.-A. v. 1902 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1902 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1903 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1903 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1904 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1904 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1905 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1905 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1906 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1906 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1907 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1907 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1908 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1908 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1909 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1909 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1910 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1910 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1911 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1911 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1912 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1912 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1913 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1913 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1914 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1914 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1915 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1915 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1916 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1916 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1917 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1917 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1918 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1918 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1919 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1919 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1920 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1920 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1921 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1921 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1922 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1922 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1923 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1923 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1924 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1924 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1925 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1925 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1926 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1926 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1927 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1927 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1928 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1928 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1929 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1929 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1930 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1930 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1931 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1931 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1932 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1932 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1933 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1933 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1934 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1934 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1935 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1935 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1936 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1936 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1937 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1937 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1938 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1938 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1939 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1939 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1940 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1940 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1941 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1941 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1942 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1942 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1943 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1943 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1944 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1944 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1945 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1945 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1946 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1946 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1947 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1947 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1948 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1948 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1949 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1949 108.—
4% Rh. Hyp.-A. v. 1950 97.—	4% Rh. Hyp.-A. v. 1950 108.—

Volkswirtschaft.

Frankfurter Gummiwarenfabrik, Frankfurt a. M. In der gestrigen Generalversammlung wurde Herr Bankier Max Goldschmidt, i. B. Marx u. Goldschmidt, Mannheim, zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Die Firma H. Weil u. Reinhardt, Mannheim teilt mit, daß ihr langjähriger, verdienstvoller Mitarbeiter, Herr Emil Strauß, mit dem 1. Januar 1908 aus ihrem Geschäft austrat und damit dessen Prokura erlosch. Seit längerer Zeit bei der Firma tätigen Herren Oscar Zimmermann und Karl Schlicht, wurde Prokura in der Weise erteilt, daß sie zusammen, oder jeder gemeinsam mit einem der jetzigen Prokuristen die Firma zeichnen.

Neue Stadtschulden. Die Städte München, Nürnberg und Freiburg i. Br. verhandeln wegen der Vorgebung 4proz. Anleihen in größeren Beträgen, die teilweise noch nicht feststehen.

Neue Bremer Stadtschulden. Die Finanzdeputation beschließt, eine neue 3proz. Anleihe von 15 Millionen aufzunehmen.

Neue Hamburger Anleihe. Der Betrag von 10 Millionen der neuen hamburger Anleihe wurde festgelegt.

3 1/2proz. Berliner Stadtschulden. Die Berliner 3 1/2proz. Stadtschulden von 1904 erreichte an der gestrigen Berliner Börse mit der Emission mit 118,50 ihren niedrigsten Kurs. Der Subskriptionskurs der im Jahre 1904 bewilligten und am 17. Febr. 1906 teilweise begabenen Anleihe betrug 90,25 Proz. Die noch restlichen 100 Mill. der Berliner Stadtschulden sollen, wie verlautet, demnächst begeben werden.

Bayerische Brauereigesellschaft in Kaiserlautern. Der Geschäftsbericht 1906/07 macht über die Höhe des Betriebserfolgs wieder keine Angaben; die Bilanzierung sei für den Abschluß der letzten Geschäftsjahre gewesen. Der Betriebserfolg betrug 772.230 M. (i. Vorj. 777.967 M.), wozu 34.235 M. (33.918 M.) aus Zinsen, 10.048 M. (12.627 M.) Wagnis und 1896 (2221 M.) Vortrag kommen. Die Gesamterlöse betrugen 735.951 M. (741.849 M.), Abzugsrechnungen 50.455 M. (50.505 M.). Aus 32.904 M. (40.420 M.) Reingewinn wurden 4 Prozent (6 Prozent) Dividende vorgeschlagen. In der Bilanz figurieren Immobilien mit 437.145 M. (441.933 M.), Wirtschaften mit 370.045 M. (378.617 M.), Vorräte 179.136 M. (154.250 M.), Wechsel und Kasse 15.998 M. (16.904 M.), Verbindlichkeiten, die nicht spezifiziert werden, betragen 719.945 M. (775.693 M.). Dagegen betragen die Kreditoren neben 29.610 M. (32.095 M.) Aktienkapital 1.179.073 M. (1.132.223 M.) bei 500.000 M. Aktienkapital. Die Hypothekendarlehen belief sich auf 242.555 M. (245.211 M.). Die Reserve enthält 48.007 M., die Spezialreserve 31.000 M., der Zellerberufonds 4327 M.

Bayerische Staatsbahn. Im Dezember wurden bei einer Kasse von 6517 km. (gegen 6452 km. im Dezember 1906) 4.757.517 Fahrkarten ausgestellt, d. i. gegen Dezember 1906 um 2.253.145 Fahrkarten mehr. Verändert wurden 1.797.413 km. Güter (+ 38.595 km.). Die Einnahmen betrugen für die Beförderung von Personen 5.440.674 M. (5.353.781 M.), von Gepäck 189.115 M. (189.000 M.), von Zinsen 255.543 M. (+ 251.008 M.). Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 15.800.000 M. (+ 127.919 M.) und vom 1. Januar mit 31. Dezember 1906 900.000 M. (+ 0.025.923 M.). Es entfielen somit auf 1 km. 738 Personen mit 557 M. (588 Personen mit 583 M.), 276 km. Güter mit 1370 M. (272 km. mit 1541 M.) und 1127 M. Gesamteinnahme (2124 M.).

Bayerische Notenbank. Die gestrige Aufsichtsratsitzung der Bayerischen Notenbank beschloß, nach Vornahme entsprechender Abrechnungen, eine Dividende von 12 Prozent für das Jahr 1907 vorzuschlagen (i. B. 11 Proz.).

Bankfirma S. Neumann in Nafel. Im Status der Firma liegen 20.564.500 Aktien M. 2.139.000 Aktien gegenüber, darunter allein 1.458.000 Einlagen auf Sparbücher und Scheckkonten.

Neuer Celmühle, A. G. Die ordentliche Generalversammlung der Neusser Celmühle A. G., die über die Liquidation oder Fusion des Unternehmens beschließen sollte, war beschlußunfähig. Am 24. Februar soll eine neue Generalversammlung stattfinden. Reflektanten auf das Unternehmen sind zwei große Celmühlen.

Waggon- und Maschinenfabrik vorm. Bock, Berlin. Nach dem Geschäftsbericht wurde nach Abschreibungen von 94.000 M. (92.000 M.) ein Reingewinn von 212.000 M. (155.000 M.) erzielt. Es gelang eine Dividende von 5 Prozent auf die Vorzugsaktien (wie i. B.) und 3 Prozent (4 Prozent) Restdividende auf das Aktienkapital zur Verteilung. Die Verwaltung glaubt den Aktionären auch für das laufende Geschäftsjahr wieder ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu dürfen.

Reichswerke Akt. Fria, Hannover. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß einstimmig die Auflösung der Reichswerke durch Verzicht auf die ihr zugehörigen Halbbauwerke.

Dividendenübersichten: Baumwollspinnerei Wernsdorfen 5 Prozent (i. B. 7 Prozent) auf die Stamm- und 11 Prozent (9 Proz.) auf die Vorzugsaktien bei erheblichen Extraberechnungen. — Oberhessische Portlandzementfabrik nach 270.000 M. (300.000 M.) Abschreibungen 17 Proz. (wie i. B.) — Böhmische Brauhaus 5 Prozent (im Vorj. 10 Prozent).

Über den süddeutschen Kohlenmarkt wird der „Köln. Zig.“ von einem sachkundigen Mitarbeiter u. a. geschrieben: Die Versorgung des süddeutschen Kohlenmarktes mit Brennstoffen geschieht nun seit Wochen unmittelbar ab Zechen, ohne daß begründete Hoffnung besteht, daß in dieser Beziehung bald eine glücklichere Wendung eintreten wird. Der Oberbergbau ist nach wie vor von den Kohlen abgetrennt und ist nach wie vor in seinen verschiedenen Ästen, nachdem auch die Lagerbestände bis auf einige nicht gangbare Sorten geräumt sind, ein Bild von ungenügender großer Fläche hat. Die Aufschlüsselungen der meisten Verladebetriebe liegen brach und es gibt keine Möglichkeit, die bisher beschäftigten Arbeiter zu halten. Die Lieferungen an Zechen aus den verschiedenen Abzweigungen sind aber ausgiebig und lassen eigentlich ernsthafte Verlegenheiten bei den Verladern nicht mehr aufkommen. Der süddeutsche Kohlenmarkt steht jetzt im Zeichen der allgemeinen Erneuerung der Verträge, und alles richtet sich, was die Verladern, die letzten Vorbereitungen für die jetzt beginnende Verkaufstätigkeit zu treffen. Die Hauptgefahr ist seitens des Kohlenkonsums, nämlich, daß ein einseitiges und dieses kann nun mit Sicherheit zwischen, wie die Großhändler um die übrig gebliebenen Kohlen in kleinen Verladern eintreten, um zu retten, was eben noch zu retten ist. Für englische Kohlen besteht gegenwärtig bei den Verladern wenig Neigung, denn unangenehme Erfahrungen mit englischen Kohlen sind in der Zeit der Anknappung an Ruhrkohlen in Menge gemacht worden, so daß es ausgeschlossen erscheint, daß der englische Wettbewerb in absehbarer Zeit einen die Ruhrkohle irgendwie gefährdenden Einfluß gewinnen wird.

Zur amerikanischen Krise. Die Große Jury, welche eine Kommission ein, welche über die Lage der Banken, der Trustgesellschaften und öffentlichen Verkehrsanstalten Reports eine Untersuchung anstellen soll. Das Vorgehen der Großen Jury ist die Folge der weitverbreiteten Ansicht, daß mit jenen Korporationen in Verbindung stehende Personen geschwehrtige Handlungen begangen haben. — Das Chicagoer Komitee für den Notenumlauf von der amerikanischen Bankiervereinigung nahm am Samstag eine Resolution an, in der die Bill Aldrich für finanziell ungesund erklärt und behauptet wird, daß die Bill Howells die Finanzlage eher verschlimmere als verbessere. Das Komitee schlägt eine neue Bill mit 13 Punkten vor, die die Bankiervereinigung zweifelslos dem Kongress zur Annahme empfehlen wird.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Schluß-Kurse.

Reichsbank-Diskont 5 1/2 Prozent.

Wechsel.

	20.	18.		20.	18.
Amsterdam	109.37	109.37	Paris	81.583	81.383
Brüssel	81.583	81.383	London	81.175	81.175
Hamburg	81.383	81.383	Madrid	84.875	84.875
London	20.475	20.475	Napoleonsgeld	16.26	16.26
Paris	—	—	Portugal-Diskont	—	—

Staatspapiere. A. Deutsche.

	18.	20.		18.	20.
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80
3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80	3 1/2 Proz. Reichsbank	92.80	92.80

Offen industrieller Unternehmungen.

Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —
Bad. Anilin- u. Soda-Fabrik	127. —	127. —	Ver. Stahlwerke	237. —	237. —

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —
Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —	Deutscher Reichsbahn	218. —	218. —

Banknoten, Prioritäts-Obligationen.

100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50
100 M. Reichsbank	97.50	97.50	100 M. Reichsbank	97.50	97.50

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25
Deutsche Bank	136.25	136.25	Deutsche Bank	136.25	136.25

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 21. Januar. (Schlußkurs.)

Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50
Reichsbank	214.50	214.50	Reichsbank	214.50	214.50

W. Berlin, 21. Januar. (Telegr.) Nachbörse.

Reichsbank	200.70	200.60	Reichsbank	200.70	200.60
Reichsbank	200.70	200.60	Reichsbank	200.70	200.60

Pariser Börse.

Paris, 21. Januar. Anlaufkurse.

3 % Rente	95.47	95.6	3 % Rente	95.47	95.6
3 % Rente	95.47	95.6	3 % Rente	95.47	95.6
3 % Rente	95.47	95.6	3 % Rente	95.47	95.6
3 % Rente	95.47	95.6	3 % Rente	95.47	95.6
3 % Rente	95.47	95.6	3 % Rente	95.47	95.6

Londoner Effektenbörse.

London, 21. Jan. (Telegr.) Anlaufkurse der Effektenbörse.

3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2	3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2
3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2	3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2
3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2	3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2
3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2	3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2
3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2	3 % Reichsbank	81 1/2	81 1/2

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 21. Januar. (Telegramm.) Produktenbörse.

Weizen per Mai	221.75	221.75	Weizen per Mai	221.75	221.75
Weizen per Mai	221.75	221.75	Weizen per Mai	221.75	221.75
Weizen per Mai	221.75	221.75	Weizen per Mai	221.75	221.75
Weizen per Mai	221.75	221.75	Weizen per Mai	221.75	221.75
Weizen per Mai	221.75	221.75	Weizen per Mai	221.75	221.75

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637

21. Januar 1908. Provisionsfrei!

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer
Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt	Käufer	Käufer

